

Arbeitsmarkteffekte wirtschaftlicher Freiheit

Horst Feldmann*

Im vorliegenden Aufsatz wird für eine Gruppe von 91 Ländern ökonometrisch untersucht, wie die verschiedenen Elemente der wirtschaftlichen Freiheit auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wirken. Die Regressionsanalysen führen im Wesentlichen zu folgenden Ergebnissen: (1.) Ein kleiner Staatssektor und ein Rechtssystem, das durch eine unabhängige Justiz, unparteiische Gerichte und einen effektiven Schutz der Eigentumsrechte charakterisiert ist, verringern die Arbeitslosigkeit und erhöhen den Beschäftigungsstand. (2.) Ein hohes Maß an Geldwertstabilität verschlechtert anscheinend die Beschäftigungschancen Jugendlicher und Geringqualifizierter. (3.) Ein Mehr an Außenwirtschaftsfreiheit verbessert wahrscheinlich die Beschäftigungslage der Frauen, schadet aber vermutlich den Geringqualifizierten in den Industrieländern und verzögert in diesen Ländern den Eintritt junger Menschen ins Erwerbsleben. (4.) Eine umfassende Deregulierung erhöht wahrscheinlich zumindest kurzfristig die Arbeitslosigkeit, nutzt aber vermutlich Frauen und Jugendlichen.

Gliederung	6	Außenwirtschaftsfreiheit
	6.1	Theoretische Überlegungen
1 Einführung	6.2	Stand der empirischen Forschung
2 Die Bereiche wirtschaftlicher Freiheit	7	Regulierungen
	7.1	Theoretische Überlegungen
	7.2	Stand der empirischen Forschung
3 Größe des Staatssektors	8	Datensatz und Schätzmethoden
3.1 Theoretische Überlegungen	9	Ergebnisse
3.2 Stand der empirischen Forschung	9.1	Größe des Staatssektors
4 Rechtssystem und Eigentumsrechte	9.2	Rechtssystem und Eigentumsrechte
4.1 Theoretische Überlegungen	9.3	Stabiles Geld
4.2 Stand der empirischen Forschung	9.4	Außenwirtschaftsfreiheit
5 Stabiles Geld	9.5	Regulierungen
5.1 Theoretische Überlegungen	10	Fazit
5.2 Stand der empirischen Forschung		

* Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors. Er wurde im Juni 2004 eingereicht und nach der Begutachtung und einer Revision im Oktober 2004 zur Veröffentlichung angenommen.

1 Einführung

In den letzten Jahren wurde in einer Vielzahl ökonomischer Studien untersucht, wie wirtschaftliche Freiheit auf das Pro-Kopf-Einkommen und das Wirtschaftswachstum wirkt.¹ Meist zeigte sich dabei, dass wirtschaftliche Freiheit, vor allem eine Zunahme an wirtschaftlicher Freiheit, beide Größen in erheblichem Maße positiv beeinflusst. Überhaupt noch nicht untersucht wurde hingegen, ob und inwiefern wirtschaftliche Freiheit auch den Arbeitsmarkt beeinflusst.² Führt ein größeres Maß an wirtschaftlicher Freiheit zu geringerer Arbeitslosigkeit und höherer Erwerbsbeteiligung? Wie wird die Beschäftigungssituation der Problemgruppen des Arbeitsmarktes (Geringqualifizierte, Jugendliche, Frauen) von Änderungen im Ausmaß an wirtschaftlicher Freiheit beeinflusst? Welche Elemente der wirtschaftlichen Freiheit üben den größten Einfluss aus? Wirken sämtliche Elemente in die gleiche Richtung oder wirken sie teilweise gegenläufig?

Im vorliegenden Aufsatz werden diese Fragen erstmals untersucht. Um umfassend und differenziert zu ermitteln, wie die verschiedenen Elemente der wirtschaftlichen Freiheit auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wirken, wird das Arbeitsmarktgeschehen mit 13 verschiedenen Variablen erfasst. Auf diese Weise kann differenziert analysiert werden, wie sich die wirtschaftliche Freiheit auf das Gesamtniveau an Arbeitslosigkeit und Beschäftigung sowie auf die Beschäftigungssituation der Problemgruppen auswirkt. Die Untersuchung umfasst nicht weniger als 91 Länder, darunter nicht nur sämtliche Industrieländer, sondern auch eine Vielzahl von Entwicklungs- und Transformationsländern.

Im nächsten Abschnitt werden die verschiedenen Bereiche wirtschaftlicher Freiheit kurz charakterisiert. In den Abschnitten 3 bis 7 werden für jeden dieser fünf Bereiche zum einen theoretische Überlegungen über die Wirkungen auf den Arbeitsmarkt angestellt. Zum anderen wird der diesbezügliche Stand der bisherigen empirischen Forschung zusammengefasst. Zwar gibt es bislang keine umfassenden, differenzierten Untersuchungen über die Bedeutung wirtschaftlicher Freiheit für den Arbeitsmarkt. Es gibt aber einige Studien, die die Arbeitsmarkteffekte einzelner Faktoren untersucht haben, die üblicherweise zu den Elementen der wirtschaftlichen Freiheit gezählt werden (ohne dass deren Autoren ihre Untersuchungen in diesen Kontext gestellt hätten). Abschnitt 8 erläutert den im vorliegenden Aufsatz verwendeten Datensatz und die ökonomischen Methoden. Im neunten Abschnitt werden die Ergebnisse der ökonomischen Schätzungen präsentiert und interpretiert. Dabei wird auch diskutiert, ob sich die theoretischen

Hypothesen bewährt haben und ob die Schätzergebnisse mit denen früherer Untersuchungen im Einklang stehen. Im zehnten Abschnitt wird ein kurzes Fazit gezogen.

2 Die Bereiche wirtschaftlicher Freiheit

Im vorliegenden Aufsatz wird der Index „Economic Freedom of the World (EFW)“ verwendet, der von einer Gruppe nordamerikanischer Ökonomen unter der Schirmherrschaft des kanadischen Fraser-Instituts und unter Nutzung eines weltweiten Netzwerkes weiterer Ökonomen und Institute entwickelt wurde (Gwartney/Lawson 2004).³ Er unterteilt die wirtschaftliche Freiheit in fünf Bereiche mit insgesamt 21 Komponenten (siehe Kasten):

– Der erste Bereich betrifft die Größe des Staatssektors. Je größer der Staatskonsum, je größer der Umfang staatlicher Transfers und Subventionen, je größer die Rolle staatlicher Unternehmen und Investitionen, je höher der Spitzensatz der Einkommensteuer und je niedriger die Einkommensgrenze, ab der dieser gilt, desto geringer der Einfluss der Bürger auf die Allokation von Ressourcen und Gütern, desto eingeschränkter somit ihre wirtschaftliche Freiheit.

– Der zweite Bereich betrifft das Rechtssystem und die Sicherheit von Eigentumsrechten. Eine unabhängige Justiz, unparteiische Gerichte und ein effektiver Schutz des Eigentums bilden zentrale Voraussetzungen dafür, dass die Bürger ökonomische Transaktionen vornehmen und ihr Eigentum nutzen können.

– Im dritten Bereich wird der Zugang zu stabilem Geld gemessen. Übertrifft die Wachstumsrate der Geldmenge langfristig die des realen BIP, kommt es

¹ Siehe etwa Scully (1988, 1992, 1997, 2002), Easton/Walker (1997), Goldsmith (1997), Hanke/Walters (1997), Ayal/Karras (1998), Dawson (1998, 2003), de Haan/Siermann (1998), Grubel (1998), Gwartney et al. (1999), Wu/Davis (1999), de Haan/Sturm (2000), Heckelman (2000), Heckelman/Stroup (2000), Leschke (2000), Sturm/de Haan (2001), Carlson/Lundström (2002), Green et al. (2002), Pitlik (2002), Bengoa/Sanchez-Robles (2003), Karabegovic et al. (2003), Feldmann (2005).

² Die einzige Studie, die diese Frage bislang ansatzweise untersucht hat, ist die von Grubel (1998). Darin hat der Autor jedoch lediglich eine Einfachregression durchgeführt; er hat keinerlei Kontrollvariablen verwendet. Zudem enthält seine Ländergruppe nur 20 OECD-Länder mit je einer Beobachtung pro Land. Auch hat Grubel (1998) lediglich den Gesamtindex der wirtschaftlichen Freiheit (keinen seiner Teilindizes) verwendet und nur dessen Zusammenhang mit der Gesamt-Arbeitslosenquote (nicht den mit Arbeitslosenquoten von Problemgruppen oder Erwerbstätigenquoten) geschätzt. Zwischen beiden Größen hat er eine negative, aber schwache Korrelation ermittelt (Regressionskoeffizient: $-0,2$; t -Wert: $-1,5$; Bestimmtheitsmaß: $0,12$).

³ Zur Diskussion dieses Index siehe Abschnitt 8.

Der Index „Economic Freedom of the World (EFW)“ – Bereiche und Komponenten

Bereich 1: Größe des Staatssektors: Ausgaben, Abgaben und Unternehmen

- A. Staatskonsum in Prozent des Gesamtkonsums
- B. Transferzahlungen und Subventionen in Prozent des BIP
- C. Rolle staatlicher Unternehmen in der Volkswirtschaft und staatliche Investitionen in Prozent der Gesamtinvestitionen
- D. Spitzensatz der Einkommensteuer (und Einkommensgrenze, ab dem er gilt)

Bereich 2: Rechtssystem und Sicherheit der Eigentumsrechte

- A. Unabhängigkeit der Justiz – Die Justiz ist unabhängig und keinen Eingriffen seitens der Regierung oder der streitenden Parteien ausgesetzt
- B. Unparteiische Gerichte – Es existieren vertrauenswürdige rechtliche Rahmenbedingungen, die es Privatunternehmen ermöglichen, die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen oder Regulierungen überprüfen zu lassen
- C. Schutz geistigen Eigentums
- D. Eingriffe des Militärs in die Herrschaft des Rechts und in die Politik
- E. Integrität des Rechtssystems

Bereich 3: Zugang zu stabilem Geld

- A. Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Geldmenge während der letzten fünf Jahre abzüglich durchschnittlicher jährlicher Wachstumsrate des realen BIP während der letzten zehn Jahre
- B. Standardabweichung der jährlichen Inflationsrate während der letzten fünf Jahre
- C. Jüngste jährliche Inflationsrate
- D. Freiheit der Bürger, im In- und Ausland Devisenkonto zu unterhalten

Bereich 4: Außenwirtschaftsfreiheit

- A. Abgabenbelastung des Außenhandels
- B. Nichttarifäre Handelshemmnisse
- C. Differenz zwischen tatsächlicher und volkswirtschaftlich zu erwartender Größe des Außenhandelssektors
- D. Differenz zwischen offiziellem Wechselkurs und Schwarzmarktkurs
- E. Beschränkungen des Kapitalverkehrs mit dem Ausland

Bereich 5: Regulierung von Kreditmarkt, Arbeitsmarkt und Unternehmen

- A. Kreditmarktregulierungen
- B. Arbeitsmarktregulierungen
- C. Unternehmensregulierungen

Quelle: Gwartney/Lawson (2004: 8f.).

zu Inflation. Hohe und stark schwankende Inflationsraten entwerten nominell fixierte Eigentumsrechte und erschweren es den Bürgern, langfristig zu disponieren. Wichtig ist darüber hinaus, ob die Bürger die Möglichkeit besitzen, ihr Geld in einer ausländischen, stabileren Währung zu halten und damit den Folgen einer inländischen Inflation auszuweichen.

– Im vierten Bereich wird gemessen, inwiefern die Bürger die Freiheit besitzen, mit dem Ausland wirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Es werden alle wichtigen Beschränkungen erfasst: Zölle, nichttarifäre Handelshemmnisse, staatlich verursachte Wechselkursverzerrungen und Beschränkungen des Kapitalverkehrs mit dem Ausland.

– Der fünfte Bereich betrifft die staatliche Regulierung von Krediten, Arbeitsverträgen und unternehmerischen Aktivitäten. Bei den Kreditmarktregulierungen wird u.a. berücksichtigt, ob es Zinskontrollen gibt, ob die inländischen Banken der Konkurrenz ausländischer Banken ausgesetzt sind und wie groß der Anteil der an den Privatsektor gewährten Kredite ist. Bei den Arbeitsmarktregulierungen wird vor allem erfasst, inwiefern die Vertragsfreiheit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch staatliche Mindestlohn- und Kündigungsvorschriften sowie zentralisierte Tarifverhandlungen und Wehrpflicht eingeschränkt wird. Auch die Großzügigkeit des Systems der Arbeitslosenversicherung wird berücksichtigt. Bei den Unternehmensregulierungen wird erfasst, ob Preiskontrollen existieren, inwieweit Verwaltungsvorschriften die Gründung von Unternehmen behindern, wie hoch der Zeitaufwand für die staatliche Bürokratie zu veranschlagen ist und ob Schmiergeldzahlungen weit verbreitet sind.

3 Größe des Staatssektors

3.1 Theoretische Überlegungen

Aus verschiedenen Gründen ist zu vermuten, dass ein großer Staatssektor tendenziell die Arbeitslosigkeit erhöht und die Beschäftigung senkt. Zum einen führt ein großer Staatssektor zu einem Crowding-out des privaten Sektors, insbesondere privater Investitionen. Dadurch wird der technische Fortschritt, das Wachstum der Produktivität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Volkswirtschaft wahrscheinlich beeinträchtigt. In der Folge sinkt die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit steigt (Alesina/Perotti 1997). Da der Privatsektor bei einem großen Staatssektor relativ klein ist, ist auch seine Fähigkeit begrenzt, neu ins Erwerbsleben eintretende oder im Zuge des Strukturwandels freigesetzte Arbeitskräfte zu absorbieren. Auch dadurch

kann sich eine höhere Arbeitslosigkeit und ein geringeres Beschäftigungsniveau ergeben. Vor allem aber erfordern hohe Staatsausgaben hohe Abgaben. Diese verringern das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und damit ceteris paribus die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Zudem vermindern sie die Rentabilität privater Investitionen (Alesina et al. 2002). Durch beide Effekte wird tendenziell die Beschäftigung reduziert und die Arbeitslosigkeit erhöht.

Besonders beschäftigungsfeindlich ist eine hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit. Daveri und Tabellini (2000) haben anhand eines allgemeinen Gleichgewichtswachstumsmodells gezeigt, dass ein Anstieg der Abgabenbelastung des Faktors Arbeit bei starken Gewerkschaften die realen Lohnkosten erhöht. Dadurch verringert sich zum einen die Arbeitsnachfrage unmittelbar und die Arbeitslosigkeit steigt. Zum anderen substituieren die Unternehmen nun Arbeit durch Kapital. Da das Grenzprodukt des Kapitals dadurch sinkt, nehmen langfristig die Investitionen und die Wachstumsrate ab. Dadurch wird langfristig die Beschäftigung reduziert. Müssen hingegen die Arbeitnehmer aufgrund schwacher Gewerkschaften die Folgen einer steigenden Abgabenbelastung tragen und sinken dadurch die Nettolöhne, wird Freizeit relativ attraktiver. Auch dadurch sinkt die Beschäftigung und die (freiwillige) Arbeitslosigkeit steigt.

Insofern Staatsausgaben über eine Schuldenaufnahme finanziert werden, führt dies nicht nur zu einem Crowding-out privater Investitionen auf dem Kapitalmarkt und dadurch zu sinkender Beschäftigung im Privatsektor. Darüber hinaus antizipieren die privaten Wirtschaftssubjekte (private Haushalte und Unternehmen) wahrscheinlich auch, dass sie zur Bedienung der steigenden Staatsschulden früher oder später höhere Steuern zahlen müssen und ihr verfügbares Einkommen daher sinken wird. Darauf reagieren sie bereits in der Gegenwart mit einer Kürzung ihrer Konsum- und Investitionsausgaben. Dadurch kann in der gesamten Volkswirtschaft die Beschäftigung ab- und die Arbeitslosigkeit zunehmen.⁴

Selbstverständlich kommt es auch darauf an, wie der Staat seine Einnahmen verwendet. Staatliche Investitionen in die Infrastruktur und den Bildungssektor können langfristig Wachstum und Beschäftigung erhöhen. Da jedoch in allen Ländern der konsumtive Anteil der Staatsausgaben weit größer ist als der investive, ist nicht damit zu rechnen, dass solche positiven Effekte die zuvor genannten negativen überkom-

⁴ Zu diesen sog. nichtkeynesianischen Effekten der Finanzpolitik siehe etwa Bertola/Drazen (1993), Perotti (1999) und Alesina et al. (2002).

pensieren. Insgesamt ist daher eher zu erwarten, dass mit wachsendem Staatssektor tendenziell die Beschäftigung sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt.

Da sich die Arbeitsplätze geringproduktiver Arbeitskräfte leichter ins Ausland verlagern lassen und diese Arbeitskräfte leichter durch Kapital substituiert werden können als hochproduktive Arbeitskräfte und die Nachfrage nach jenen Arbeitskräften daher preiselastischer ist, dürfte ein wachsender Staatssektor aufgrund der zunehmenden Abgabenbelastung zudem die Beschäftigungssituation der Problemgruppen besonders negativ beeinflussen. Und schließlich dürfte ein größerer Staatssektor zu höherer Langzeitarbeitslosigkeit führen, zum einen weil er die Fähigkeit des Privatsektors, Arbeitskräfte zu absorbieren, einschränkt, zum anderen weil er vermutlich relativ großzügige Lohnersatzleistungen gewährt und damit die Arbeitsanreize der Arbeitslosen schwächt.

3.2 Stand der empirischen Forschung

Eine Reihe neuerer Untersuchungen hat ergeben, dass eine Erhöhung der Staatsausgaben die Performance des Arbeitsmarktes verschlechtert. So hat Karas (1993) für eine Gruppe von 18 Ländern berechnet, dass eine Erhöhung der Staatsausgaben das Beschäftigungsniveau in 8 Ländern vermindert hat. Yuan und Li (2000) sind für die USA zum gleichen Ergebnis gelangt. Abrams (1999) hat in einer Querschnittsuntersuchung 15 großer Industrieländer gezeigt, dass die Arbeitslosenquote mit zunehmender Staatsausgabenquote steigt. Christopoulos und Tsionas (2002) haben die Beziehung zwischen Staatsausgaben- und Arbeitslosenquote in 10 europäischen Ländern für die Zeit von 1961 bis 1999 untersucht; ihren Ergebnissen zufolge besteht eine eindeutige Kausalbeziehung von ersterer zu letzterer.

Eine Reihe anderer neuerer Untersuchungen hat ergeben, dass eine Erhöhung der Beschäftigung im Staatssektor die Gesamtbeschäftigungslage verschlechtert. Beispielsweise haben Algan et al. (2002) für eine Gruppe von 17 OECD-Ländern herausgefunden, dass im Durchschnitt die Schaffung von je 100 Arbeitsplätzen im Staatssektor rund 150 Arbeitsplätze im Privatsektor vernichtet, die Erwerbsbeteiligung geringfügig gesenkt und die Zahl der Arbeitslosen um 33 erhöht haben dürfte. Ähnliche Resultate haben Malley und Moutos (1996) für Schweden, Demekas und Kontolemis (2000) für Griechenland sowie Malley und Moutos (1998) für Deutschland, Japan und die USA ermittelt.

Zu der speziellen Frage der Beschäftigungswirkungen der Abgabenbelastung des Faktors Arbeit wurde

in jüngerer Zeit eine Vielzahl von Untersuchungen der OECD-Länder durchgeführt. Fast alle haben ergeben, dass eine größere Abgabenbelastung die Arbeitslosenquote erhöht.⁵ Nach Daveri/Tabellini (2000) ist der Anstieg der Abgabenbelastung von Mitte der sechziger bis Mitte der neunziger Jahre in Kontinentaleuropa sogar für die Hälfte des Anstiegs der Arbeitslosenquote in dieser Zeit verantwortlich. Scarpetta (1996) hat in seiner Untersuchung der OECD-Länder zwar keine signifikanten Effekte auf die Gesamt-Arbeitslosenquote festgestellt (und auch nicht auf die Jugendarbeitslosenquote), dafür aber auf die Langzeitarbeitslosenquote.

4 Rechtssystem und Eigentumsrechte

4.1 Theoretische Überlegungen

Bislang gibt es keine Theorien über die Wirkungen des Rechtssystems auf den Arbeitsmarkt. Freilich wird schon lange über dessen Bedeutung für die langfristige Wirtschaftsentwicklung theoretisiert. Wichtige Beiträge dazu stammen aus der ökonomischen Klassik (Hume 1740, Smith 1776), aus der Österreichischen Schule (Mises 1927, Hayek 1960, ders. 1973-79, ders. 1989) sowie aus dem Property-Rights-Ansatz (Alchian/Demsetz 1973, North/Thomas 1973). Auf der Grundlage dieser Theorien lassen sich zumindest einige Arbeitshypothesen über die Wirkungen auf den Arbeitsmarkt aufstellen.

Ein Rechtssystem, das durch eine unabhängige Justiz, unparteiische Gerichte und einen effektiven Schutz privater Eigentumsrechte gekennzeichnet ist, bewirkt nach jenen theoretischen Ansätzen,

- dass die Menschen sich anstrengen, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern;
- dass das verstreute Wissen der Individuen und ihre anderen Ressourcen zum Nutzen der Gesellschaft effizient verwertet werden;
- dass positive Externalitäten von Innovationen internalisiert und somit die Innovationstätigkeit stimuliert und der wirtschaftliche Fortschritt vorangetrieben wird;
- dass die Pläne und Handlungen der Wirtschaftssubjekte effizient koordiniert werden;
- dass gesellschaftliche Konflikte weitgehend vermieden bzw. kostengünstig gelöst werden;
- dass Ressourcenverschwendung in Form von Rent-seeking gering ausfällt.

⁵ Vgl. Nickell/Layard (1999), Daveri/Tabellini (2000), de Volkerink et al. (2002), International Monetary Fund (2003a), Nickell et al. (2003).

Für den Arbeitsmarkt impliziert dies, dass der Faktor Arbeit bei einem solchen Rechtssystem tendenziell effizient alloziert wird und somit ein hohes Beschäftigungsniveau und eine niedrige Arbeitslosigkeit erreicht werden. Da der wirtschaftliche Fortschritt bei einem solchen Rechtssystem permanent vorangetrieben wird, ist auch langfristig mit einem anhaltend hohen Beschäftigungsniveau und einer relativ geringen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Daraus folgt als erste Arbeitshypothese: Je stärker ein Rechtssystem durch eine unabhängige Justiz, unparteiische Gerichte sowie einen effektiven Schutz der Eigentumsrechte charakterisiert ist, desto geringer ist tendenziell die Arbeitslosigkeit und desto höher ist tendenziell der Beschäftigungsstand, *ceteris paribus*.

Da sich bei einem Rechtssystem, das diese Bedingungen weitgehend erfüllt, einzelne Gruppen von Beschäftigten nur schwer Privilegien zu Lasten anderer sichern können – etwa hohe Markteintrittsbarrieren (z.B. in Form hoher Qualifikationsanforderungen oder von Closed-shop-Regelungen) oder hohe Marktaustrittsbarrieren (z.B. in Form eines weitreichenden Kündigungsschutzes) errichten können –, folgt als zweite Arbeitshypothese: Je stärker ein Rechtssystem durch eine unabhängige Justiz, unparteiische Gerichte sowie einen effektiven Schutz der Eigentumsrechte charakterisiert ist, desto geringer ist tendenziell die Arbeitslosigkeit und desto höher ist tendenziell der Beschäftigungsstand unter den Problemgruppen des Arbeitsmarktes, *ceteris paribus*.

4.2 Stand der empirischen Forschung

Während bereits eine größere Zahl empirischer Studien ergeben hat, dass ein durch eine unabhängige Justiz, unparteiische Gerichte und einen wirksamen Schutz privater Eigentumsrechte gekennzeichnetes Rechtssystem für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung eines Landes von fundamentaler Bedeutung ist⁶, wurde bislang noch nicht untersucht, wie sich unterschiedliche Rechtssysteme auf den Arbeitsmarkt auswirken. Nur die Arbeitsmarkteffekte einzelner rechtlicher, vor allem arbeitsrechtlicher Regulierungen wurden bislang analysiert (siehe dazu Abschnitt 7.2).

5 Stabiles Geld

5.1 Theoretische Überlegungen

Bei stabilem Geldwert kann das Preissystem ungestört seine Signal- und Lenkungsfunction erfüllen. Inflation hingegen verfälscht die Preissignale und verzerrt die relativen Preise. Es kommt zu einer Fehl-

leitung von Ressourcen, vor allem bei hohen und stark schwankenden Inflationsraten. Da bei Inflation zudem meist auch Scheingewinne der Unternehmen besteuert werden, sinkt deren reale Netto-Kapitalrendite, wodurch die Investitionen und das Wirtschaftswachstum langfristig abnehmen können. Aus diesen Gründen dürfte Inflation zu einem niedrigeren Beschäftigungsstand und höherer Arbeitslosigkeit führen.

Diesen sog. Sandeffekten der Inflation stehen freilich die sog. Schmiermitteleffekte gegenüber. Sind die Nominallöhne (und eventuell auch andere Preise) nach unten starr (aufgrund von Geldillusion, sozialen Fairness-Standards oder langfristigen Verträgen), kann Inflation bei Auftreten von Schocks die Anpassung der Reallöhne und der relativen Preise erleichtern. Insofern kann sie die Allokationseffizienz verbessern und damit zu einem höheren Beschäftigungsniveau sowie geringerer Arbeitslosigkeit führen.

Die Sand- und Schmiermitteleffekte schließen sich nicht gegenseitig aus. Vielmehr dürften grundsätzlich bei niedrigen Inflationsraten die Schmiermitteleffekte dominieren, bei hohen hingegen die Sandeffekte. Da die Arbeitnehmer im Laufe der Zeit ihre Geldillusion verlieren und ihre Gewerkschaften in den Tarifverträgen Ex-ante-Anpassungen an antizipierte Inflationsraten durchsetzen könnten, könnten die Schmiermitteleffekte im Laufe der Zeit indes an Bedeutung verlieren. Aufgrund dieser Überlegungen lassen sich über den Zusammenhang von Geldwert und Arbeitsmarkt-Performance keine allgemeinen Hypothesen formulieren. Ob Inflation die Arbeitsmarkt-Performance verschlechtert oder verbessert, ist offenbar eine empirische Frage, deren Beantwortung u.a. vom Inflationsniveau und von der Dauer des Inflationsprozesses abhängen kann.

5.2 Stand der empirischen Forschung

Einige Untersuchungen sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Inflation die Arbeitsmarkt-Performance eindeutig verschlechtert. So hat Al-Saji (1992) in seiner Untersuchung Italiens und Großbritanniens herausgefunden, dass eine zunehmende Volatilität des Geldmengenwachstums und der Zinssätze die Arbeitslosigkeit deutlich erhöht. Ähnlich haben Cunningham et al. (1997) für die USA eine signifikant positive Beziehung zwischen Inflationsunsicherheit

⁶ Siehe vor allem North/Thomas (1973), North/Weingast (1989), Scully (1992), Torstensson (1994), Keefer/Knack (1997), Feld/Voigt (2003).

und Arbeitslosigkeit ermittelt. Card und Hyslop (1997) konnten für die USA keinerlei Anzeichen dafür finden, dass positive Inflationsraten die Arbeitslosenquote senken. Nach diesen Untersuchungen ist Inflation somit ausschließlich mit Sandeffekten verbunden.

Einige neuere Untersuchungen haben hingegen sowohl Sand- als auch Schmiermitteleffekte festgestellt. Akerlof et al. (1996, 2000) beispielsweise haben berechnet, dass die Arbeitslosenquote in den USA bei 2% bis 4% Inflation am niedrigsten ist. Bei geringeren Inflationsraten können nach ihren Erkenntnissen die Schmiermitteleffekte nicht wirken, bei höheren dominieren die Sandeffekte. Auch Groshen und Schweitzer (1999) haben für die USA sowohl Sand- als auch Schmiermitteleffekte ermittelt, desgleichen Wyplosz (2001) für Deutschland, Frankreich, die Schweiz und die Niederlande. Nach Wyplosz (2001) dominieren in diesen vier Ländern die Schmiermitteleffekte bei Inflationsraten zwischen 1% und 7%. Steigt die Inflation über diesen Bereich hinaus, setzen nach dieser Untersuchung in Deutschland und den Niederlanden Sandeffekte ein, in Frankreich und der Schweiz jedoch nicht.

6 Außenwirtschaftsfreiheit

6.1 Theoretische Überlegungen

Im Bereich des Außenhandels sollte ein Mehr an wirtschaftlicher Freiheit (niedrigere Zölle, weniger nichttarifäre Handelshemmnisse) zumindest langfristig die Beschäftigungssituation verbessern, zum einen weil im Exportsektor neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen, zum anderen weil die verstärkte Importkonkurrenz auf eine effizientere Faktorallokation hinwirkt. Waren einzelne Wirtschaftsbereiche zuvor stark vor ausländischer Konkurrenz abgeschirmt, kann es dort freilich zu einem erheblichen Beschäftigungsrückgang kommen. Per Saldo können die Beschäftigungswirkungen einer umfassenden Außenhandelsliberalisierung daher kurzfristig negativ sein. Es kann längere Zeit dauern, bis die positiven Wirkungen überwiegen.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass in den Industrieländern geringqualifizierte Arbeitskräfte von einer Außenhandelsliberalisierung ebenfalls negativ betroffen sind. Nach dem Standardmodell der Außenhandels-theorie (Heckscher-Ohlin-Samuelson-Modell) bewirkt eine Liberalisierung des Außenhandels, dass sich jedes Land auf die Produktion und den Export derjenigen Güter spezialisiert, bei deren Herstellung der jeweils relativ reichlich vorhandene Produktionsfaktor besonders intensiv genutzt wird. Da in den In-

dustrielländern hochqualifizierte Arbeitskräfte relativ reichlich vorhanden sind und in den Entwicklungsländern geringqualifizierte, geht in ersteren die Nachfrage nach geringqualifizierten zurück. Ihr relativer Lohn sinkt tendenziell. Bei uneingeschränkter Lohnflexibilität und vollständiger Faktormobilität im Inland ändert sich zwar die sektorale Beschäftigungsstruktur, es entsteht aber keine Arbeitslosigkeit. Wenn jedoch Lohnrigiditäten existieren (etwa aufgrund eines gesetzlichen Mindestlohns oder starker Gewerkschaften) oder die Mobilität der Arbeitskräfte eingeschränkt ist (etwa aufgrund sektorspezifischen Humankapitals), sinkt die Beschäftigung der Geringqualifizierten; viele von ihnen werden arbeitslos (Jones/Engerman 1996, Davis 1998). Da die Lohnflexibilität und die Mobilität der Arbeitskräfte in den meisten Industrieländern durch diverse Faktoren beschränkt werden, ist somit zu vermuten, dass die Arbeitslosigkeit unter Geringqualifizierten in diesen Ländern mit zunehmender Außenhandelsfreiheit steigt.

Die Beschäftigungswirkungen einer Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs müssen ebenfalls differenziert betrachtet werden. Es kann zu einer reinen Verlagerung von Arbeitsplätzen kommen, etwa wenn Direktinvestitionen bestehende Produktionen oder künftiges Wachstum ins Ausland verlagern. Durch eine effizientere Kapitalallokation können jedoch auch zusätzliche Wachstumsmöglichkeiten erschlossen werden, die die Beschäftigung erhöhen, vor allem im Zielland, eventuell aber auch im Ursprungsland (etwa wenn die Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Unternehmen erhöht oder am Stammsitz die Realisierung von Skalenvorteilen bei zentralen Unternehmensdienstleistungen ermöglicht wird). Generell sollte ein Abbau von Beschränkungen des Kapitalverkehrs die Allokationseffizienz verbessern und dadurch zumindest langfristig die Beschäftigung erhöhen sowie die Arbeitslosigkeit senken. Im Ursprungsland oder in kurzer Frist können jedoch die negativen Beschäftigungswirkungen überwiegen. In kapitalexportierenden Industrieländern dürften wiederum vor allem Geringqualifizierte negativ betroffen sein, weil ihre Arbeitsplätze mit zunehmender Kapitalverkehrsfreiheit und bei trendmäßig steigendem Lohnniveau verstärkt in Entwicklungsländer verlagert werden.

6.2 Stand der empirischen Forschung

Was den Außenhandel betrifft, so haben die meisten Studien ergeben, dass dieser Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nur geringfügig beeinflusst. Selbst die Beschäftigungssituation der Geringqualifizierten in den Industrieländern wird durch die Importkonkur-

renz anscheinend nur geringfügig verschlechtert. Wichtiger ist offenbar der technische Fortschritt, der eine Verschiebung der Arbeitsnachfrage zu Hochqualifizierten bewirkt.⁷ Nach Erkenntnissen der OECD (1997) beeinflusst die Importkonkurrenz in den Industrieländern die Löhne der Geringqualifizierten noch weniger als ihre Beschäftigung. Beaulieu (2000) hat herausgefunden, dass die Zollsenkungen im Rahmen des kanadisch-US-amerikanischen Freihandelsabkommens in Kanada die Beschäftigung vornehmlich unter Geringqualifizierten vermindert, dagegen weder bei Gering- noch bei Hochqualifizierten die Löhne beeinflusst haben. Der Beschäftigungsrückgang war darauf zurückzuführen, dass diejenigen Wirtschaftszweige, die relativ viele Geringqualifizierte beschäftigen, vor den Zollsenkungen ein besonders hohes Protektionsniveau genossen haben.

Die empirischen Untersuchungen zum internationalen Kapitalverkehr deuten darauf hin, dass dessen Beschäftigungswirkungen ebenfalls gering sind (Gaston/Nelson 2002). Nach Lipsey (2001) finden Direktinvestitionen in den USA oftmals als Fusionen und Übernahmen statt, die mit einem Eigentümerwechsel hin zu einem effizienteren Eigentümer verbunden sind. Nach Cooke (1997) sind die Direktinvestitionen US-amerikanischer Unternehmen negativ mit restriktiven Arbeitsmarktinstitutionen im Zielland korreliert (starke Gewerkschaften, zentralisierte Lohnfindung, ungünstige Rahmenbedingungen für Arbeitsbeziehungen, staatliche Kündigungsbeschränkungen). Die Ergebnisse dieser Untersuchungen scheinen zu bestätigen, dass ausländische Direktinvestitionen tendenziell die Allokationseffizienz erhöhen.

7 Regulierungen

7.1 Theoretische Überlegungen

Im Allgemeinen ist zu erwarten, dass Deregulierung zu einem höheren Beschäftigungsstand und geringerer Arbeitslosigkeit führt. Im Bereich des Kreditmarktes beispielsweise führt eine Öffnung des Marktes für private und ausländische Banken sowie eine Abschaffung von Zinskontrollen zu einer Erhöhung des Kreditangebots, einer verbesserten Finanzintermediation und einer effizienteren Kapitalallokation. Dadurch werden Wirtschaftswachstum und Beschäftigung langfristig erhöht, die Arbeitslosigkeit sinkt. Werden durch die Deregulierung des Kreditmarktes die Kapitalkosten der Unternehmen reduziert, kann es allerdings auch zu einer Substitution von Arbeit durch Kapital kommen. Freilich dürfte der Substitutionseffekt langfristig durch den Wachstumseffekt überkompensiert werden.

Eine Abschaffung oder Lockerung von Arbeitsmarktregulierungen dürfte die Arbeitnehmer kurzfristig belasten. Erstens bauen die Unternehmen Belegschaftsüberhänge ab, wodurch die Beschäftigung sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt. Da die Arbeitnehmer durch eine solche Deregulierung an Macht verlieren, dürften zweitens die Reallöhne fallen. Langfristig nimmt jedoch wegen der gesunkenen Reallöhne und der geringeren Regulierungsdichte die Arbeitsnachfrage zu. Beschäftigung und Reallöhne steigen wieder. Wie Blanchard und Giavazzi (2003) anhand eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells (mit monopolistischer Konkurrenz auf dem Gütermarkt) gezeigt haben, ist die Arbeitslosigkeit langfristig geringer als vor der Deregulierung und der Reallohn erreicht wieder sein früheres Niveau. Auch von einer Deregulierung spezifischer Arbeitsmarktvorschriften – etwa von einer Abschaffung oder Senkung staatlicher Mindestlöhne, einer Lockerung staatlicher Einstellungs- und Kündigungsvorschriften und einer Dezentralisierung der Lohnfindung – ist eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu erwarten, vor allem für die Problemgruppen des Arbeitsmarktes.⁸ Der entscheidende Grund dafür liegt darin, dass es durch die Deregulierung zu marktgerechteren Löhnen und Arbeitsbedingungen kommt, wodurch langfristig Arbeitsnachfrage und Beschäftigung steigen und die Arbeitslosigkeit sinkt. Eine Deregulierung der Einstellungs- und Kündigungsgesetze kann freilich auch stärkere Beschäftigungsschwankungen im Konjunkturverlauf sowie stärkere Beschäftigungseinbrüche bei negativen Schocks nach sich ziehen.

Deregulierungen im Bereich von Unternehmen und Gütermärkten (Abbau von Markteintrittsbarrieren, von Beschränkungen des Preiswettbewerbs u.ä.) führen zum Markteintritt neuer Unternehmen, zu einer erhöhten Wettbewerbsintensität und zu einem Anstieg der Preiselastizität der Güternachfrage. Arbeitsnachfrage und Beschäftigung steigen, die Arbeitslosigkeit geht zurück (Blanchard/Giavazzi 2003, Pissarides 2003). Wurden Renten, die die Unternehmen vor der Deregulierung aufgrund ihrer Marktmacht erzielen konnten, teilweise an die Arbeitnehmer in Form von Lohnaufschlägen weitergegeben, verbessert sich die Beschäftigungssituation durch die Deregulierung auch deshalb, weil diese Lohnaufschläge nunmehr verschwinden, die Löhne dadurch tendenziell fallen und von nun an stärker und schneller auf Änderungen der Beschäftigungssituation reagieren

⁷ Siehe etwa Revenga (1992), Berman et al. (1994), Dunne et al. (1997), Machin et al. (1996), Gaston/Trefler (1997), Neven/Wyplosz (1999), Pryor (1999), Thorbecke/Eigen-Zucchi (2002).

⁸ Einen Überblick über die theoretische Literatur bietet Feldmann (2003a: 513-516).

(Nickell et al. 1994). Haben sich die Renten vor der Deregulierung in Belegschaftsüberhängen niederschlagen, kann die Deregulierung kurzfristig die Beschäftigung verringern. Langfristig steigt die Beschäftigung aufgrund des Markteintritts neuer Unternehmen und der effizienteren Allokation des Faktors Arbeit aber, die Arbeitslosigkeit sinkt. Dies dürfte auch den Effekt überkompensieren, dass die Unternehmen nach einer Deregulierung der Gütermärkte bei negativen Schocks ebenfalls schneller Arbeitskräfte entlassen (Amable/Gatti 2002).

7.2 Stand der empirischen Forschung

Die Arbeitsmarkteffekte von Kreditmarktregulierungen wurden bislang noch nicht untersucht. Allerdings hat eine Reihe von Studien gezeigt, dass eine Liberalisierung der Finanzmärkte die Investitionen und das Wirtschaftswachstum erhöht.⁹ Nach Bekaert et al. (2003) beispielsweise erhöht eine Liberalisierung des Aktienmarktes die jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP über einen Zeitraum von fünf Jahren um ein Prozent. Aufgrund dessen kann davon ausgegangen werden, dass eine geringere Regulierungsdichte auf dem Kreditmarkt tendenziell auch die Arbeitsmarkt-Performance verbessert.

Die Beschäftigungswirkungen von Arbeitsmarktregulierungen wurden in den vergangenen Jahren in einer Vielzahl empirischer Studien analysiert. Dabei hat sich meist gezeigt, dass eine höhere Regulierungsdichte die Arbeitsmarkt-Performance verschlechtert. So hat beispielsweise eine Vielzahl von Studien ergeben, dass staatliche Mindestlohnvorschriften die Beschäftigungssituation Jugendlicher verschlechtern.¹⁰ Restriktive Einstellungs- und Kündigungsvorschriften führen nicht nur zu höherer Jugendarbeitslosigkeit, sondern auch zu höherer Langzeitarbeitslosigkeit und einer geringeren Erwerbsbeteiligung, vor allem unter Frauen, Jugendlichen und Geringqualifizierten.¹¹ Bei der Analyse von Lohnfindungssystemen wurde festgestellt, dass ein höherer tarifvertraglicher Erfassungsgrad die Arbeitslosigkeit erhöht und die Beschäftigung reduziert – es sei denn, die Tarifverhandlungen werden koordiniert (vor allem auf Seiten der Arbeitgeber).¹²

In jüngster Zeit wurden erstmals auch die Arbeitsmarkteffekte wettbewerbsbehindernder Unternehmensregulierungen analysiert.¹³ Dabei hat sich gezeigt, dass solche Regulierungen in den OECD-Ländern die Erwerbstätigenquote gesenkt und die Arbeitslosenquote erhöht haben. Gleichzeitig haben sie zu größeren Lohnaufschlägen geführt. In den am stärksten regulierten Branchen haben sie zwar die Beschäftigungsdauer der Arbeitsmarkt-Insider er-

höht, aber auf Kosten der Arbeitsmarkt-Outsider und der gesamtwirtschaftlichen Effizienz. Fallstudien über die Deregulierung einzelner Sektoren, etwa der US-amerikanischen Eisenbahnen seit 1978 (Davis/Wilson 1999), unterstreichen zugleich, dass eine umfassende Deregulierung im betreffenden Sektor einen erheblichen Arbeitsplatzabbau nach sich ziehen kann.

8 Datensatz und Schätzmethoden

Wie in den vorhergehenden Abschnitten deutlich wurde, handelt es sich bei der wirtschaftlichen Freiheit um ein komplexes, facettenreiches Phänomen. Ein wesentlicher Vorteil des EFW-Index besteht darin, dass er sämtliche Aspekte der wirtschaftlichen Freiheit erfasst und sinnvoll in fünf Bereiche gliedert. In den folgenden Regressionen werden die Rating-Werte dieser fünf Bereiche verwendet. Auf diese Weise kann differenziert ermittelt werden, wie die verschiedenen Bereiche der wirtschaftlichen Freiheit auf den Arbeitsmarkt wirken. Wie die theoretischen Überlegungen und die Zusammenfassungen der bisherigen empirischen Forschung gezeigt haben, können von den fünf Bereichen durchaus unterschiedliche Arbeitsmarkteffekte ausgehen. Deshalb wird im Folgenden nicht der EFW-Gesamtindex (das arithmetische Mittel der fünf Teilindizes) benutzt.

Der Vorzug des EFW-Index besteht nicht nur darin, dass er sämtliche Aspekte der wirtschaftlichen Freiheit differenziert erfasst, sondern auch darin, dass er zum größten Teil auf objektiven Daten beruht. Diese Daten und die daraus berechneten Rating-Werte sind frei von subjektiven Bewertungen und durch jedermann nachprüfbar. Aspekte der wirtschaftlichen Freiheit, die sich nicht statistisch messen lassen (vor allem in den Bereichen „Rechtssystem und Eigentumsrechte“ sowie „Regulierungen“), werden zum einen den „Global Competitiveness Reports“ des World Economic Forum entnommen, zum anderen den „International Country Risk Guides“ der PRS-Gruppe. Die Angaben in den „Global Competitiveness Re-

⁹ Vgl. Bekaert/Harvey (2000), Henry (2000a, 2000b) und Bekaert et al. (2001, 2003).

¹⁰ Siehe etwa Neumark/Wascher (1992), Deere et al. (1995), Currie/Fallick (1996), Bazen/Skourias (1997), OECD (1998), Abowd et al. (2000), Burkhauser et al. (2000a, 2000b), Zavodny (2000), Williams/Mills (2001).

¹¹ Siehe etwa Scarpetta (1996), Elmeskov et al. (1998), Heckman/Pagés-Serra (2000), Feldmann (2003a), International Monetary Fund (2003a), Nickell et al. (2003), OECD (2004a).

¹² Siehe etwa Scarpetta (1996), OECD (1997), Nickell/Layard (1999), Feldmann (2003b).

¹³ Siehe etwa OECD (2002), International Monetary Fund (2003a).

ports“ basieren auf jährlichen Umfragen unter circa 4.000 bis 5.000 Top-Managern, die Angaben in den „International Country Risk Guides“ auf Einschätzungen hauseigener Experten der PRS-Gruppe. In beiden Fällen werden diese ergänzenden subjektiven Daten professionell erhoben. Bei den Umfragen des World Economic Forum etwa ist die Auswahl der Befragten weitgehend repräsentativ für die Struktur der jeweiligen Volkswirtschaft und es werden Personen befragt, die die Wirtschaft ihres Landes hervorragend kennen. Die „International Country Risk Guides“ fußen auf Einschätzungen hochqualifizierter Experten.¹⁴

Für jede der in den EFW-Index eingehenden Variablen (alles in allem 38) werden die jeweiligen Daten mit Hilfe einer in den Berichten des Fraser-Instituts publizierten Formel in Rating-Werte umgerechnet. Die Rating-Skala reicht von 0 bis 10, wobei 0 das geringste und 10 das höchste Maß an wirtschaftlicher Freiheit darstellt. Die Rating-Werte der fünf Bereiche werden als arithmetische Mittel ihrer jeweiligen Komponenten berechnet. Nach der neusten, im Laufe der Zeit weiterentwickelten Methodik wurde der EFW-Index für jedes fünfte Jahr ab 1970 sowie für die Jahre 2001 und 2002 berechnet (Gwartney/Lawson 2004). Da für die Jahre vor 1980 keine Daten zur Arbeitsmarkt-Performance verfügbar sind, die nach einer einheitlicher Methodik erhoben wurden (siehe unten), beruhen die nachfolgenden Regressionen auf Daten der Jahre 1980, 1985, 1990, 1995, 2000, 2001 und 2002. Damit wird immerhin ein Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten abgedeckt, der bis in die jüngste Vergangenheit reicht. Durch die Fünf-Jahres-Abstände werden zeitliche Variationen gut berücksichtigt. Von Nachteil ist jedoch, dass pro Land nur maximal sieben Beobachtungen vorliegen. Einige Länder, vor allem viele Transformations- und einige Entwicklungsländer, wurden erst ab Ende der achtziger oder Anfang der neunziger Jahre in das Rating einbezogen.

Die Ländergruppe besteht aus nicht weniger als 91 Ländern (siehe Anhang 1). Während fast alle bisherigen internationalen Arbeitsmarktanalysen lediglich die OECD-Länder berücksichtigt haben, umfasst die vorliegende Untersuchung zusätzlich eine große Zahl von Entwicklungsländern. Außerdem werden die meisten Länder einbezogen, die sich im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft befinden. Das Länder-Sample ist damit für eine Arbeitsmarktanalyse außergewöhnlich groß. Zwei Einschränkungen sind diesbezüglich aber zu vermerken. Erstens liegen die Werte des EFW-Index sogar für 123 Länder vor. Davon konnten 32 nicht berücksichtigt werden, weil für diese überwiegend afrikanischen Länder keine Arbeitsmarktdaten verfügbar sind. Zweitens liegen

für vier endogene Arbeitsmarktvariablen nur Daten der OECD-Länder und teilweise noch der EU- und der EU-Beitrittsländer vor (Tab. 1 bis 4).

Zur Messung der Arbeitsmarkteffekte werden nicht weniger als 13 verschiedene endogene Variablen verwendet (Definitionen und Quellenangaben siehe Anhang 2):

- Arbeitslosenquoten, und zwar für alle Erwerbspersonen sowie für Frauen, Jugendliche und Geringqualifizierte;
- relative Arbeitslosenquoten, und zwar für Frauen (in Relation zu Männern), Jugendliche (in Relation zu Erwachsenen) und Geringqualifizierte (in Relation zu Hochqualifizierten);
- Erwerbstätigenquoten, und zwar für die erwerbsfähige Bevölkerung insgesamt sowie für Frauen und Jugendliche;
- relative Erwerbstätigenquoten, und zwar für Frauen (in Relation zu Männern) und Jugendliche (in Relation zu Erwachsenen mittleren Alters);
- der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen.

Mit dieser ungewöhnlich großen Zahl an endogenen Variablen kann differenziert analysiert werden, wie sich die wirtschaftliche Freiheit auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Mit ihnen kann nicht nur erfasst werden, ob bestimmte Bereiche der wirtschaftlichen Freiheit das Gesamtniveau der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigung verändern, sondern auch, wie sie sich auf die Problemgruppen des Arbeitsmarktes auswirken. Sie ermöglichen es damit zudem, die wichtigsten theoretischen Hypothesen zu testen und Vergleiche mit früheren empirischen Untersuchungen anzustellen. Die Daten der Arbeitsmarktvariablen stammen größtenteils vom International Labour Office (2003). Dieses veröffentlicht seit einigen Jahren einen Satz von nach weitgehend einheitlicher Methodik erstellten Arbeitsmarktindikatoren, allerdings – wie bereits erwähnt – nur für die Jahre ab 1980 und nur für 91 der 123 vom Fraser-Institut berücksichtigten Länder. Selbst bei vielen dieser 91 Länder, und zwar bei Entwicklungs- und Transformationsländern, sind die Arbeitsmarktdaten lücken-

¹⁴ Die Heritage Foundation veröffentlicht seit 1995 ebenfalls jährlich einen Index wirtschaftlicher Freiheit (siehe etwa Miles et al. 2004). Dieser basiert ausschließlich auf Einschätzungen hauseigener Experten. Er ist damit weit weniger objektiv und transparent als der EFW-Index. Unter methodischen Gesichtspunkten ist letzterer eindeutig überlegen.

haft. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass die Zahl der Beobachtungen stets deutlich unter 637 (91 Länder, 7 Jahre) liegt. In den meisten Fällen bewegt sie sich aber zumindest in einer Größenordnung von 300 bis 470 und ist damit für eine makroökonomische Untersuchung immer noch sehr groß (Tab. 1 bis 4).

Es werden folgende Kontrollvariablen verwendet (Definitionen und Quellenangaben siehe Anhang 2):

- das Pro-Kopf-Einkommen, um den Einfluss des sehr unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der im Länder-Sample enthaltenen Volkswirtschaften zu kontrollieren;
- das Wirtschaftswachstum, um den Einfluss der Konjunktur weitestgehend auszuschalten;
- eine Dummy-Variable für Kriege, weil diese die Arbeitsmärkte der betroffenen Länder und eventuell auch ihre wirtschaftliche Freiheit erheblich beeinträchtigen können;
- eine Dummy-Variable für diejenigen Länder, die sich im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft befinden, weil dieser Transformationsprozess das Arbeitsmarktgeschehen erheblich beeinflusst;
- Dummies für drei verschiedene Weltregionen, um den Einfluss regionaler Besonderheiten weitestgehend auszuschalten (z.B. bezüglich der Erwerbsbeteiligung von Frauen);
- Jahres-Dummies, um jahresspezifische Effekte, wie etwa exogene Schocks, weitestgehend auszuschalten;
- die Studentenquote, um bei der Schätzung der Jugenderwerbstätigenquote und der relativen Jugenderwerbstätigenquote den Einfluss unterschiedlicher Studierhäufigkeit auszuschalten.

Wünschenswert wäre es darüber hinaus gewesen, den Einfluss der wichtigsten Arbeitsmarktinstitutionen (z.B. Lohnfindungssysteme, Kündigungsschutzgesetze, Lohnersatzleistungen) differenziert zu kontrollieren. Entsprechende Daten sind aber nicht für eine größere Zahl von Ländern und Jahren verfügbar. Die OECD, die bislang die weitreichendsten Bemühungen zur Quantifizierung von Arbeitsmarktinstitutionen unternommen hat, hat zwar entsprechende Indikatoren entwickelt. Freilich decken die entsprechenden Daten lediglich einen Teil ihrer Mitgliedsländer und einen relativ kurzen Zeitraum ab. Der Verfasser des vorliegenden Aufsatzes hat die neusten diesbezüglichen OECD-Daten, die auch dem „OECD Employment Outlook 2004“ zugrunde liegen, probal-

ber als zusätzliche Kontrollvariablen verwendet. Da für die entsprechenden Regressionen jedoch gerade einmal 72 bis 75 Beobachtungen vorlagen, waren die Schätzergebnisse nicht hinreichend abgesichert. Daher werden sie im vorliegenden Aufsatz nicht präsentiert. Auch für die EFW-Komponente „Arbeitsmarktregulierungen“ und die Variablen, die in diese Komponente einfließen, liegen zu wenige Daten vor, um sie als Kontrollvariablen verwenden zu können. In den Berichten des Fraser-Instituts wurden die entsprechenden Daten bislang erst für relativ wenige Länder und Jahre gesondert ausgewiesen.¹⁵ Zwar wird der Einfluss von Arbeitsmarktinstitutionen im Folgenden somit nicht differenziert kontrolliert, er wird aber zumindest mit Hilfe der Variable „Regulierungen“ summarisch gemessen, denn in diesen EFW-Teilindex fließen die wichtigsten Arbeitsmarktinstitutionen ein (Abschnitt 2).

Es werden zwei verschiedene Schätzmethoden verwendet: gepoolte OLS-Schätzungen und Random-Effects-GLS-Schätzungen. Beide Methoden besitzen unterschiedliche Vor- und Nachteile. Durch die simultane Verwendung lässt sich prüfen, ob man mit beiden für die EFW-Variablen zu ähnlichen Regressionskoeffizienten gelangt.¹⁶ Der Vorteil der OLS-Methode besteht darin, dass dabei die Unterschiede zwischen den Ländern in ihren Rating-Werten vollständig berücksichtigt werden. Dies ist für die vorliegende Untersuchung von großer Bedeutung, denn die Variation der Rating-Werte resultiert in erster Linie aus Unterschieden zwischen den Ländern, weniger aus Änderungen der Rating-Werte im Zeitablauf. Der Nachteil der OLS-Methode besteht darin, dass aufeinander folgende Beobachtungen für ein einzelnes Land als voneinander unabhängig behandelt werden. Ein Teil der in den Daten vorhandenen Information bleibt damit unberücksichtigt. Demgegenüber werden länderspezifische Effekte bei der Random-Effects-Methode kontrolliert. Dadurch wird ein größerer Teil der Variation der jeweiligen endogenen Variable erklärt. Von Nachteil ist dabei jedoch, dass diese Methode zu einer Unterschätzung des Einflusses wirtschaftlicher Freiheit führen kann, denn die län-

¹⁵ Sowohl bei Verwendung der OECD- als auch bei Verwendung der EFW-Daten war die Zahl der Beobachtungen auch deswegen so gering, weil statt der Variable „Regulierungen“ neben den jeweiligen Daten zur Arbeitsmarktregulierung auch die Variablen „Kreditmarktregulierungen“ und „Unternehmensregulierungen“ verwendet werden mußten, um den Bereich der Regulierungen vollständig abzudecken. Die Daten zu diesen Komponenten des EFW-Index wurden in den Berichten des Fraser-Instituts bislang ebenfalls erst für relativ wenige Länder und Jahre ausgewiesen.

¹⁶ In der international vergleichenden arbeitsmarktökonomischen Literatur wird in jüngerer Zeit immer häufiger auf diese Weise vorgegangen. Vgl. etwa Heckman/Pagés-Serra (2000), OECD (2004a).

derspezifischen Konstanten, die mit der Random-Effects-Methode geschätzt werden, „erklären“ einen Teil der Variation, die eigentlich auf Unterschieden zwischen den Ländern im Ausmaß an wirtschaftlicher Freiheit zurückzuführen ist.¹⁷

Bei der Anwendung der OLS-Methode kontrollieren im vorliegenden Aufsatz statt länderspezifischer Konstanten die Variablen „Pro-Kopf-Einkommen“, „Krieg“, „Transformationsland“ sowie die Regionen-Dummies wichtige Aspekte, hinsichtlich derer sich die Länder voneinander unterscheiden. Bei der Anwendung der Random-Effects-Methode werden die Variablen „Pro-Kopf-Einkommen“ und „Transformationsland“ sowie die Regionen-Dummies nicht eingesetzt, weil statt dessen länderspezifische Konstanten geschätzt werden. Ein weiterer Unterschied in der Spezifikation besteht darin, dass Jahres-Dummies lediglich im OLS-Modell verwendet werden. Im Random-Effects-Modell war dies in mehreren Bestimmungsgleichungen aufgrund der relativ geringen Zahl an Freiheitsgraden nicht möglich. Aus Gründen der Einheitlichkeit wurde daher bei sämtlichen Random-Effects-Schätzungen auf Jahres-Dummies verzichtet. Ein letzter Unterschied in der Spezifikation besteht darin, dass im OLS-Modell die Werte der t-Statistiken mit Hilfe der White-Methode geschätzt wurden, um Heteroskedastizität zu korrigieren. Im Random-Effects-Modell ist die Anwendung der White-Methode nicht möglich.

9 Ergebnisse

Die Ergebnisse der gepoolten OLS-Schätzungen sind in den Tabellen 1 und 2 aufgeführt, die der Random-Effects-GLS-Schätzungen in den Tabellen 3 und 4. Man sollte sie aus mehreren Gründen mit Vorsicht interpretieren. Erstens fallen die Ergebnisse der OLS-Schätzungen einerseits und die der Random-Effects-Schätzungen andererseits aufgrund der Unterschiede in den Methoden und in der Modellspezifikation notwendigerweise unterschiedlich aus. Inkonsistenzen sind daher unvermeidbar. Zweitens sind bei der Interpretation die jeweiligen Vor- und Nachteile der Methoden zu beachten. Drittens wird der Einfluss von Arbeitsmarktinstitutionen nicht differenziert kontrolliert. Immerhin werden die wichtigsten dieser Institutionen aber bei der Variable „Regulierungen“ mit berücksichtigt. Viertens wäre zur Kontrolle des Konjunktüreinflusses die Output-Lücke dem Wirtschaftswachstum vorzuziehen gewesen; für die meisten Länder sind entsprechende Daten jedoch nicht verfügbar.¹⁸ Fünftens basieren die Schätzungen auf Daten aus lediglich sieben Jahren. Wie bei der Diskussion der theoretischen Grundlagen und der Zusammenfassung früherer empirischer

Untersuchungen deutlich wurde, können sechstens in manchen Bereichen der wirtschaftlichen Freiheit die kurzfristigen Arbeitsmarkteffekte in eine andere Richtung gehen als die langfristigen. Trotz dieser Einschränkungen liefern die ökonometrischen Schätzungen aber interessante Erkenntnisse. Im Folgenden werden nacheinander die Ergebnisse für jeden der fünf Bereiche der wirtschaftlichen Freiheit diskutiert.

9.1 Größe des Staatssektors

In diesem Bereich der wirtschaftlichen Freiheit sprechen die Schätzergebnisse eine deutliche Sprache: Je größer der Staatssektor, desto größer die Arbeitslosigkeit unter den Erwerbspersonen insgesamt sowie unter Frauen. Dies ergibt sich sowohl aus den OLS- als auch aus den Random-Effects-Schätzungen (Tab. 1 und 3). Nach den OLS-Schätzungen nimmt zudem die Jugendarbeitslosenquote, die Arbeitslosenquote Geringqualifizierter und die Langzeitarbeitslosigkeit merklich zu (Tab. 1). Die Erwerbstätigenquote sinkt mit wachsendem Staatssektor, sowohl nach der entsprechenden OLS- als auch nach der entsprechenden Random-Effects-Schätzung (Tab. 2 und 4). Nach den Random-Effects-Schätzungen sinkt vor allem die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Jugendlichen (Tab. 4). Die Ergebnisse beider Methoden deuten darüber hinaus darauf hin, dass die Erwerbsbeteiligung Jugendlicher relativ zu der Erwachsener mittleren Alters abnimmt (Tab. 2 und 4). Die Ergebnisse sind größtenteils statistisch hochsignifikant. Sie bestätigen die entsprechenden theoretischen Hypothesen (Abschnitt 3.1) und stehen im Einklang mit früheren empirischen Untersuchungen (Abschnitt 3.2).

9.2 Rechtssystem und Eigentumsrechte

Genauso eindeutig wie für den Bereich des Staatssektors sind die Schätzergebnisse für den Bereich des Rechtssystems und der Eigentumsrechte. Je stärker ein Rechtssystem durch eine unabhängige Justiz, un-

¹⁷ Länderspezifische Effekte lassen sich auch mit der Fixed-Effects-Methode kontrollieren. Bei dieser Methode werden jedoch lediglich die Änderungen der Rating-Werte im Zeitablauf berücksichtigt. Die wesentlich bedeutsameren Unterschiede zwischen den Ländern werden außer Betracht gelassen. Statt dessen „erklären“ die länderspezifischen Konstanten hier die gesamte Variation der jeweiligen endogenen Variable, die auf Unterschiede zwischen den Ländern zurückgeht. Die Fixed-Effects-Methode würde daher den Einfluss wirtschaftlicher Freiheit erheblich unterschätzen.

¹⁸ Bei der Verwendung des BIP-Wachstums anstelle der Output-Lücke zur Kontrolle des Konjunktüreinflusses ist der Verfasser der Vorgehensweise von Heckman/Pagés-Serra (2000) gefolgt. Für ihre Untersuchung lateinamerikanischer Arbeitsmärkte stand ihnen die Output-Lücke offenbar ebenfalls nicht zur Verfügung.

Tabelle 1
Gepoolte OLS-Schätzungen zur Arbeitslosigkeit^{a)}

	Arbeits- losen- quote	Frauen- arbeits- losen- quote	Relative Frauen- arbeits- losenquote	Jugend- arbeits- losen- quote	Relative Jugend- arbeits- losen- quote	Arbeits- losenquote Gering- qualifi- zierter	Relative Arbeits- losenquote Gering- qualifizierter	Langzeit- arbeits- losigkeit
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Größe des Staatssektors	- 0,87*** (- 4,44)	- 1,13*** (- 3,94)	- 0,00 (- 0,10)	- 1,03** (- 2,47)	0,03 (0,47)	- 1,03*** (- 2,83)	0,02 (0,28)	- 3,42*** (- 3,48)
Rechtssystem & Eigentumsrechte	- 0,77*** (- 3,30)	- 0,93*** (- 2,87)	- 0,06 (- 1,46)	- 2,39*** (- 4,43)	- 0,21*** (- 3,15)	- 1,92*** (- 2,68)	0,00 (0,01)	- 3,71*** (- 2,69)
Stabiles Geld	- 0,02 (- 0,13)	0,20 (1,11)	0,05** (2,55)	0,61* (1,79)	- 0,06 (- 1,35)	1,51*** (2,89)	- 0,18 (- 1,39)	2,65*** (3,61)
Außenwirtschafts- freiheit	0,15 (0,67)	- 0,26 (- 0,81)	- 0,09*** (- 2,74)	- 0,54 (- 0,82)	- 0,12 (- 1,32)	1,41 (1,53)	1,24*** (4,19)	0,62 (0,42)
Regulierungen	1,66*** (4,39)	1,80*** (3,26)	- 0,10** (- 2,13)	1,84** (2,36)	- 0,11 (- 1,17)	1,50* (1,72)	0,35** (1,99)	- 3,05* (- 1,66)
Pro-Kopf- Einkommen	- 0,26*** (- 6,03)	- 0,31*** (- 5,18)	- 0,00 (- 0,15)	- 0,26*** (- 3,31)	0,03** (2,04)	- 0,24*** (- 4,04)	0,03 (0,99)	- 0,45** (- 2,45)
Wirtschafts- wachstum	- 0,24*** (- 3,19)	- 0,27** (- 2,38)	0,01 (0,99)	- 0,25 (- 1,42)	0,02 (1,34)	- 0,36** (- 2,13)	- 0,05 (- 1,30)	0,57 (1,09)
Krieg	1,71 (1,14)	2,08 (1,21)	0,01 (0,11)	1,19 (0,64)	0,15 (0,54)	3,37*** (2,63)	0,61* (1,66)	- 4,29 (- 0,98)
Transformations- land	1,08 (1,25)	- 0,35 (- 0,31)	- 0,47*** (- 4,89)	2,61 (1,38)	- 0,40 (- 1,61)	9,83*** (3,71)	6,19*** (11,25)	5,14 (1,63)
Konstante	12,34*** (5,77)	17,09*** (5,72)	2,54*** (9,10)	31,63*** (6,40)	5,57*** (6,08)	1,18 (0,18)	- 9,09*** (- 4,63)	77,89*** (6,66)
Regionen-Dummies	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Jahres-Dummies	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Zahl der Beobachtungen	467	423	422	320	300	115	115	225
Zahl der Länder	90	87	87	76	73	30 ^{b)}	30 ^{b)}	50
Korrigiertes Bestimmtheitsmaß	0,36	0,32	0,16	0,26	0,14	0,51	0,78	0,43
F-Wert	15,58***	12,09***	5,42***	7,38***	3,61***	9,64***	29,74***	10,23***

^{a)} Gepoolte Ordinary-Least-Squares-Schätzungen. Daten der Jahre 1980, 1985, 1990, 1995, 2000, 2001 und 2002; Ausnahme: Bestimmungsgleichungen (6) und (7) basieren lediglich auf Daten der Jahre 1995, 2000, 2001 und 2002. In Klammern (White) heteroskedastizitäts-konsistente t-Statistik. ***(**/*) bezeichnet Signifikanz auf dem 1% (5%/10%)-Niveau.

^{b)}Nur OECD-Länder.

Quelle: Siehe Kasten und Anhang 2.

parteiische Gerichte und einen effektiven Schutz der Eigentumsrechte gekennzeichnet ist, desto geringer ist die Arbeitslosigkeit und desto höher ist die Beschäftigung (Tab. 1 bis 4). Auch die Langzeitarbeitslosigkeit fällt dann vermutlich merklich niedriger aus (Tab. 1).

Jugendliche scheinen von einem solchen Rechtssystem besonders zu profitieren. Nach den entsprechenden OLS-Schätzungen sinkt ihre Arbeitslosenquote besonders stark, sowohl absolut betrachtet als

auch in Relation zu der Erwachsener (Tab. 1). Zudem steigt ihre Erwerbsbeteiligung sowohl nach den OLS- als auch nach den Random-Effects-Regressionen überdurchschnittlich an (Tab. 2 und 4). Auch Frauen profitieren offensichtlich von einem solchen Rechtssystem, wenn auch nicht ganz so stark wie Jugendliche. Nach der entsprechenden OLS-Schätzung sinkt ihre Arbeitslosenquote (Tab. 1), vor allem aber steigt sowohl nach den OLS- als auch nach den Random-Effects-Regressionen ihre Erwerbstätigenquote, und zwar sowohl absolut betrachtet als

Tabelle 2
Gepoolte OLS-Schätzungen zur Erwerbstätigkeit^{a)}

	Erwerbstätigen- quote	Frauen- erwerbstätigen- quote	Relative Frauenerwerbs- tätigenquote	Jugend- erwerbstätigen- quote	Relative Jugenderwerbs- tätigenquote
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Größe des Staatssektors	0,77** (2,03)	0,35 (0,69)	- 0,01* (- 1,70)	1,29 (1,58)	0,02*** (2,75)
Rechtssystem & Eigentumsrechte	1,90*** (3,95)	2,54*** (3,82)	0,03*** (2,94)	6,18*** (5,72)	0,06*** (4,78)
Stabiles Geld	- 0,17 (- 0,68)	- 0,62* (- 1,85)	- 0,01** (- 2,15)	- 1,45** (- 2,13)	- 0,02*** (- 3,02)
Außenwirtschaftsfreiheit	- 0,44 (- 0,86)	0,14 (0,18)	0,01 (1,14)	- 2,44** (- 2,46)	- 0,01 (- 0,89)
Regulierungen	- 0,40 (- 0,60)	0,52 (0,65)	0,02** (2,31)	5,39*** (3,98)	0,07*** (4,22)
Pro-Kopf-Einkommen	0,15 (1,64)	0,21 (1,42)	0,00 (1,26)	- 0,10 (- 0,58)	- 0,00** (- 2,05)
Wirtschaftswachstum	- 0,00 (- 0,01)	- 0,22 (- 1,16)	- 0,00 (- 1,44)	- 0,23 (- 0,83)	- 0,00 (- 0,73)
Krieg	0,19 (0,13)	1,06 (0,54)	0,02 (1,05)	- 2,78 (- 0,80)	- 0,02 (- 0,59)
Transformationsland	1,66 (0,96)	5,71** (2,53)	0,16*** (5,49)	- 5,04** (- 2,03)	- 0,14*** (- 4,76)
Studentenquote				- 0,01 (- 0,22)	- 0,00 (- 1,15)
Konstante	41,05*** (9,77)	22,87*** (3,61)	0,38*** (4,82)	- 8,64 (- 1,09)	0,00 (0,02)
Regionen-Dummies	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Jahres-Dummies	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Zahl der Beobachtungen	370	351	351	197	197
Zahl der Länder	83	82	82	38 ^{b)}	38 ^{b)}
Korrigiertes Bestimmtheitsmaß	0,26	0,32	0,43	0,59	0,62
F-Wert	8,31***	10,08***	15,45***	16,45***	18,49***

^{a)} Gepoolte Ordinary-Least-Squares-Schätzungen. Daten der Jahre 1980, 1985, 1990, 1995, 2000, 2001 und 2002. In Klammern (White) heteroskedastizitäts-konsistente t-Statistik. ***(**/*) bezeichnet Signifikanz auf dem 1%(5%/10%)-Niveau.

^{b)} Nur OECD-, EU- und EU-Beitrittsländer.

Quelle: Siehe Kasten und Anhang 2.

auch im Verhältnis zu der der Männer (Tab. 2 und 4). Darüber hinaus profitieren offenbar auch Geringqualifizierte. Ihre Arbeitslosenquote sinkt mit zunehmender Rechtsstaatlichkeit, und zwar sowohl nach der entsprechenden OLS- als auch nach der entsprechenden Random-Effects-Schätzung (Tab. 1 und 3).

Die Schätzergebnisse für den Bereich Rechtssystem und Eigentumsrechte sind ebenfalls fast ausnahmslos statistisch hochsignifikant. Sie bestätigen die in Abschnitt 4.1 entwickelten Arbeitshypothesen. Vor al-

lem scheint ein Rechtssystem, das durch die oben genannten Merkmale charakterisiert ist, den Problemgruppen zu nutzen, wahrscheinlich deshalb, weil die Arbeitsmarkt-Insider (hierbei handelt es sich typischerweise um männliche Arbeitnehmer mittleren Alters) bei einem solchen Rechtssystem nicht so leicht Marktein- und Marktaustrittsbarrieren errichten können, die sich zu Lasten der Arbeitsmarkt-Outsider und damit der Problemgruppen auswirken. Die vorliegende Studie liefert erstmals empirische Belege für die theoretisch zu vermutenden Arbeitsmarkteffekte von Rechtssystemen.

Tabelle 3
Random-Effects-GLS-Schätzungen zur Arbeitslosigkeit^{a)}

	Arbeits- losen- quote	Frauen- arbeits- losen- quote	Relative Frauen- arbeits- losenquote	Jugend- arbeits- losen- quote	Relative Jugend- arbeits- losen- quote	Arbeits- losenquote Gering- qualifi- zierter	Relative Arbeits- losenquote Gering- qualifizierter	Langzeit- arbeits- losigkeit
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Größe des Staatssektors	- 0,66*** (- 3,29)	- 0,73*** (- 2,70)	0,00 (0,02)	- 0,39 (- 1,05)	0,11* (1,87)	- 0,76 (- 1,43)	0,01 (0,08)	- 1,40 (- 1,65)
Rechtssystem & Eigentumsrechte	- 0,83*** (- 4,68)	- 0,39 (- 1,61)	0,02 (0,89)	- 0,48 (- 1,41)	- 0,03 (- 0,49)	- 1,36** (- 2,00)	- 0,01 (- 0,07)	- 1,24 (- 1,31)
Stabiles Geld	0,22** (2,01)	0,23 (1,49)	- 0,01 (- 0,70)	0,40* (1,92)	- 0,11*** (- 3,28)	2,30*** (3,64)	- 0,18 (- 0,95)	0,31 (0,59)
Außenwirtschafts- freiheit	0,46** (1,99)	- 0,06 (- 0,19)	- 0,06** (- 2,34)	0,62 (1,41)	0,03 (0,37)	- 1,13 (- 1,11)	0,42 (1,42)	0,15 (0,15)
Regulierungen	0,78** (2,51)	0,54 (1,27)	- 0,07* (- 1,94)	0,07 (0,13)	- 0,05 (- 0,51)	1,52* (1,83)	0,17 (0,70)	- 0,40 (- 0,33)
Wirtschafts- wachstum	- 0,13*** (- 2,86)	- 0,14** (- 2,23)	0,01 (1,48)	- 0,13 (- 1,44)	0,01 (0,45)	0,01 (0,09)	0,02 (0,54)	0,62*** (2,67)
Krieg	0,10 (0,11)	- 0,35 (- 0,30)	- 0,08 (- 0,72)	- 1,12 (- 0,84)	- 0,10 (- 0,47)	- 0,66 (- 0,53)	0,13 (0,34)	- 2,23 (- 0,86)
Konstante	8,25*** (4,57)	12,36*** (5,01)	2,15*** (10,15)	13,65*** (3,95)	3,40*** (6,44)	2,35 (0,28)	0,10 (0,04)	46,54*** (5,33)
Regionen-Dummies	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Jahres-Dummies	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Zahl der Beobachtungen	467	423	422	320	300	115	115	225
Zahl der Länder	90	87	87	76	73	30 ^{b)}	30 ^{b)}	50
Korrigiertes Bestimmtheitsmaß	0,77	0,79	0,72	0,86	0,72	0,91	0,92	0,88

^{a)} Generalized-Least-Squares-Schätzungen mit Random Effects. Daten der Jahre 1980, 1985, 1990, 1995, 2000, 2001 und 2002; Ausnahme: Bestimmungsgleichungen (6) und (7) basieren lediglich auf Daten der Jahre 1995, 2000, 2001 und 2002. ***(***) bezeichnet Signifikanz auf dem 1%(5%/10%)-Niveau.

^{b)} Nur OECD-Länder.

Quelle: Siehe Kasten und Anhang 2.

9.3 Stabiles Geld

Sowohl die OLS- als auch die Random-Effects-Regressionen deuten darauf hin, dass die Schmiermitteleffekte der Inflation die Sandeffekte überwiegen. Zwar lässt sich kein statistisch signifikanter Einfluss auf die Erwerbstätigenquote und nur mit Hilfe der Random-Effects-Methode ein signifikanter Einfluss auf die Arbeitslosenquote feststellen, für zwei wichtige Problemgruppen sind die Ergebnisse aber eindeutig: Mit einem geringeren Maß an Geldwertstabilität sinkt sowohl nach den OLS- als auch nach den Random-Effects-Regressionen die Arbeitslosenquote Jugendlicher und die Geringqualifizierter (Tab. 1 und 3). Zudem steigt die Erwerbsbeteiligung Jugend-

licher sowohl absolut als auch in Relation zu der Erwachsener mittleren Alters (Tab. 2 und 4). Darüber hinaus deutet die entsprechende OLS-Regression darauf hin, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen bei einem geringeren Maß an Geldwertstabilität sinkt (Tab. 1). Diese Ergebnisse sind ökonomisch erklärbar: Die Beschäftigungsverhältnisse von Jugendlichen und Geringqualifizierten sind häufig weniger stabil. Fallen die Reallöhne im Zuge einer Inflation, verbessern sich daher die Beschäftigungschancen dieser beiden Gruppen am ehesten. Außerdem finden in einer solchen Situation Arbeitslose generell schneller wieder einen neuen Job; die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt ab.

Tabelle 4
Random-Effects-GLS-Schätzungen zur Erwerbstätigkeit^{a)}

	Erwerbs- tätigen- quote	Frauen- erwerbstätigen- quote	Relative Frauenerwerbs- tätigenquote	Jugend- erwerbstätigen- quote	Relative Jugenderwerbs- tätigenquote
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Größe des Staatssektors	0,74** (2,18)	1,31*** (3,38)	0,01*** (3,36)	1,26* (1,94)	0,01* (1,83)
Rechtssystem & Eigentumsrechte	0,27 (0,83)	0,68* (1,80)	0,01* (1,65)	1,90*** (2,68)	0,01 (1,41)
Stabiles Geld	0,06 (0,30)	0,26 (1,24)	0,01*** (2,61)	- 1,04** (- 2,12)	- 0,02*** (- 3,62)
Außenwirtschaftsfreiheit	0,81** (2,07)	1,49*** (3,17)	0,02*** (4,23)	- 2,23** (- 2,19)	- 0,03** (- 2,56)
Regulierungen	- 0,60 (- 1,15)	0,40 (0,67)	0,02*** (3,65)	1,83* (1,74)	0,01 (1,14)
Wirtschaftswachstum	0,02 (0,29)	- 0,14 (- 1,48)	- 0,00*** (- 2,69)	- 0,08 (- 0,44)	- 0,00 (- 0,48)
Krieg	0,20 (0,15)	1,38 (0,92)	0,03* (1,66)	1,63 (0,84)	0,01 (0,43)
Studentenquote				- 0,12*** (- 2,66)	- 0,00*** (- 3,12)
Konstante	45,79*** (13,95)	16,06*** (4,17)	0,17*** (3,79)	43,50*** (5,54)	0,81*** (9,05)
Regionen-Dummies	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Jahres-Dummies	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Zahl der Beobachtungen	370	351	351	197	197
Zahl der Länder	83	82	82	38 ^{b)}	38 ^{b)}
Korrigiertes Bestimmtheitsmaß	0,81	0,88	0,92	0,90	0,92

^{a)} Generalized-Least-Squares-Schätzungen mit Random Effects. Daten der Jahre 1980, 1985, 1990, 1995, 2000, 2001 und 2002. ***(**/*) bezeichnet Signifikanz auf dem 1%(5%/10%)-Niveau.

^{b)} Nur OECD-, EU- und EU-Beitrittsländer.

Quelle: Siehe Kasten und Anhang 2.

9.4 Außenwirtschaftsfreiheit

Auch im Bereich der Außenwirtschaftsfreiheit gibt es einige statistisch signifikante und zugleich ökonomisch aufschlussreiche Ergebnisse:

– In der Gruppe der OECD-Länder, die fast ausschließlich aus Industrieländern besteht, erhöht nach der entsprechenden OLS-Schätzung ein Mehr an Außenwirtschaftsfreiheit die Arbeitslosenquote Geringqualifizierter relativ zur Arbeitslosenquote Hochqualifizierter (Tab. 1). Dies bestätigt die theoretischen Überlegungen in Abschnitt 6.1, nach denen Geringqualifizierte in Industrieländern sowohl von einer Liberalisierung des Außenhandels als auch von einer Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs negativ betroffen sein können. Auch steht es im Einklang mit früheren empirischen Untersuchungen,

die diese These zumindest für den Bereich des Außenhandels bereits bestätigt haben (Abschnitt 6.2).

– In der Gruppe der OECD-, EU- und EU-Beitrittsländer scheint ein Mehr an Außenwirtschaftsfreiheit den Eintritt Jugendlicher ins Erwerbsleben zu verzögern. Sowohl nach der entsprechenden OLS- als auch nach der entsprechenden Random-Effects-Schätzung sinkt ihre Erwerbsbeteiligung mit zunehmender außenwirtschaftlicher Liberalisierung (Tab. 2 und 4). Da diese Gruppe ebenfalls überwiegend aus Industrieländern besteht, könnte dies darauf zurückzuführen sein, dass von Jugendlichen in diesen Ländern mit zunehmender Spezialisierung auf die Produktion und den Export hochwertiger Güter eine höhere Qualifikation gefordert wird. Der Erwerb der geforderten Qualifikation verzögert den Eintritt junger Menschen

ins Erwerbsleben. Trotzdem schadet Außenwirtschaftsfreiheit Jugendlichen wohl aber nicht: Weder nach den entsprechenden OLS- noch nach den entsprechenden Random-Effects-Schätzungen steigt mit zunehmender außenwirtschaftlicher Liberalisierung die Jugendarbeitslosenquote oder die relative Jugendarbeitslosenquote (Tab. 1 und 3). Dieses letztere Ergebnis stützt sich auf eine Gruppe von mehr als 70 Ländern, der nicht nur sämtliche Industrie-, sondern auch viele Entwicklungsländer angehören.

– Für eine Gruppe von 87 Ländern, der ebenfalls sowohl die Industrie- als auch viele Entwicklungsländer angehören, zeigt sich, dass die Frauenarbeitslosenquote relativ zur Männerarbeitslosenquote mit zunehmender Außenwirtschaftsfreiheit abnimmt (Tab. 1 und 3). Nach den entsprechenden Random-Effects-Schätzungen erhöht eine Liberalisierung der Außenwirtschaft zudem die Erwerbsbeteiligung der Frauen, und zwar sowohl absolut betrachtet als auch in Relation zu der der Männer (Tab. 4). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Frauen von einer Liberalisierung des Außenhandels und des internationalen Kapitalverkehrs profitieren. Tatsächlich sind in den Entwicklungsländern, die ihre Volkswirtschaften in den letzten Jahrzehnten geöffnet haben, im expandierenden Exportsektor viele Arbeitsplätze für Frauen entstanden (etwa in der Textil- und der Elektroindustrie).

9.5 Regulierungen

Die OLS- und die Random-Effects-Regressionen kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass eine geringere Regulierungsdichte sowohl bei den Erwerbsspersonen insgesamt als auch bei den Geringqualifizierten mit einer höheren Arbeitslosenquote einhergeht (Tab. 1 und 3). Wie die theoretischen Überlegungen nahe legen, ist dies vermutlich darauf zurückzuführen, dass sich eine umfassende Deregulierung in allen drei Bereichen (Kreditmarkt, Arbeitsmarkt, Unternehmen und Gütermärkte) kurzfristig nachteilig und erst langfristig vorteilhaft auf die Beschäftigungslage auswirkt (Abschnitt 7.1). Das Ergebnis steht auch im Einklang mit früheren empirischen Untersuchungen, nach denen eine umfassende Deregulierung eines einzelnen Sektors dort häufig zu einem erheblichen Arbeitsplatzabbau führt, selbst wenn sich die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungslage zumindest langfristig verbessert (Abschnitt 7.2). Anscheinend dominieren zumindest kurzfristig die Arbeitsmarkteffekte in den verlierenden Sektoren gegenüber den Arbeitsmarkteffekten in den gewinnenden Sektoren. Auch hat es den Anschein, dass Geringqualifizierte von den Rationalisierungen, zu denen sich die Unternehmen bei einer umfassenden De-

regulierung regelmäßig gezwungen sehen, besonders betroffen sind.

Bemerkenswert ist, dass sich in den Schätzergebnissen kaum vorteilhafte Arbeitsmarkteffekte einer geringen Regulierungsdichte zeigen. Beschränkt man sich auf die Ergebnisse, die mit beiden Methoden übereinstimmend erzielt wurden, scheint eine geringe Regulierungsdichte aber zumindest Frauen und Jugendlichen zu nutzen. Sowohl nach den OLS- als auch nach den Random-Effects-Regressionen geht eine geringere Regulierungsdichte mit einer höheren Jugenderwerbstätigenquote, einer höheren relativen Frauenerwerbstätigenquote und einer geringeren relativen Frauenarbeitslosenquote einher (Tab. 1 bis 4). Regulierungen sichern häufig primär die Arbeitsplätze der Arbeitsmarkt-Insider, also der männlichen Arbeitnehmer mittleren Alters. Eine umfassende Deregulierung kann Jugendlichen und Frauen neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen. Beispielsweise deuten viele frühere empirische Untersuchungen darauf hin, dass eine Lockerung von Mindestlohn- sowie von Einstellungs- und Kündigungsvorschriften die Beschäftigungslage unter Jugendlichen und Frauen verbessert (Abschnitt 7.2). Die genannten Ergebnisse des vorliegenden Aufsatzes stehen im Einklang mit diesen Untersuchungen und mit den diesen Untersuchungen zugrunde liegenden Theorien.

10 Fazit

Aus den genannten Gründen wurden die Schätzergebnisse mit Vorsicht interpretiert. Gleichwohl sind sie nicht unbedeutend. Sie liefern erstmals umfassende und differenzierte Erkenntnisse über die Arbeitsmarkteffekte wirtschaftlicher Freiheit. Ein kleiner Staatssektor und ein Rechtssystem, das durch eine unabhängige Justiz, unparteiische Gerichte und einen effektiven Schutz der Eigentumsrechte charakterisiert ist, verringern die Arbeitslosigkeit und erhöhen den Beschäftigungsstand. Ein hohes Maß an Geldwertstabilität verschlechtert anscheinend die Beschäftigungschancen Jugendlicher und Geringqualifizierter. Ein Mehr an Außenwirtschaftsfreiheit verbessert wahrscheinlich die Beschäftigungslage der Frauen, schadet aber vermutlich den Geringqualifizierten in den Industrieländern und verzögert in diesen Ländern den Eintritt junger Menschen ins Erwerbsleben. Eine umfassende Deregulierung erhöht wahrscheinlich zumindest kurzfristig die Arbeitslosigkeit, nutzt aber vermutlich Frauen und Jugendlichen. Zwar basieren diese Ergebnisse auf einem großen Länder-Sample, auch wurde eine Reihe denkbarer anderer Einflussfaktoren mit Hilfe von Kontrollvariablen ausgeschaltet, gleichwohl sollten in Zukunft weitergehende Untersuchungen durchgeführt werden. Diese sollten vor allem Da-

ten aus einer größeren Zahl von Jahren einbeziehen, den Einfluss der wichtigsten Arbeitsmarktinstitutionen differenziert kontrollieren sowie analysieren, welche Komponenten der fünf Bereiche der wirtschaftlichen Freiheit im Einzelnen welchen Einfluss auf den Arbeitsmarkt ausüben.¹⁹

Anhang 1: Ländergruppe

Ägypten, Albanien, Algerien, Argentinien, Australien, Bahamas, Bangladesh, Barbados, Belgien, Belize, Bolivien, Botswana, Brasilien, Bulgarien, Chile, China, Costa Rica, Dänemark, Deutschland, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Estland, Fidschiinseln, Finnland, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Honduras, Hongkong, Indonesien, Irland, Island, Israel, Italien, Jamaika, Japan, Jordanien, Kanada, Kolumbien, Kroatien, Kuwait, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malaysia, Malta, Marokko, Mauritius, Mexiko, Namibia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Niger, Nigeria, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Sambia, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Slowenien, Spanien, Sri Lanka, Südafrika, Südkorea, Syrien, Taiwan, Thailand, Trinidad & Tobago, Tschechien, Türkei, Ukraine, Ungarn, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich, Uruguay, USA, Venezuela, Zypern.

Anhang 2: Abhängige Variablen und Kontrollvariablen – Definitionen und Quellen

I. Abhängige Variablen

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen. Quelle: International Labour Office (2003), International Monetary Fund (2003b), International Monetary Fund (2004a), United Nations – Economic Commission for Latin America and the Caribbean (2004).

Frauenarbeitslosenquote: Weibliche Arbeitslose in Prozent der weiblichen Erwerbspersonen. Quelle: International Labour Office (2003).

Relative Frauenarbeitslosenquote: Quotient aus Frauenarbeitslosenquote zu Männerarbeitslosenquote. Quelle: International Labour Office (2003), eigene Berechnungen.

Jugendarbeitslosenquote: Arbeitslose im Alter von 15 bis 24 Jahren in Prozent der gleichaltrigen Erwerbs-

personen. Quelle: European Commission (2004), International Labour Office (2003), United Nations – Economic Commission for Europe (2003).

Relative Jugendarbeitslosenquote: Quotient aus Jugendarbeitslosenquote zu Erwachsenenarbeitslosenquote. Erwachsene: Personen im Alter von mehr als 24 Jahren. Quelle: International Labour Office (2003), eigene Berechnungen.

Arbeitslosenquote Geringqualifizierter: Arbeitslose ohne Bildungsabschluss oder mit einem Abschluss unterhalb der oberen Sekundarstufe in Prozent der Erwerbspersonen gleichen Bildungsniveaus. Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren. Quelle: OECD (1998, 2002, 2003, 2004a).

Relative Arbeitslosenquote Geringqualifizierter: Quotient aus Arbeitslosenquote von Erwerbspersonen ohne Bildungsabschluss oder mit einem Abschluss unterhalb der oberen Sekundarstufe zu Arbeitslosenquote von Erwerbspersonen mit einem tertiären Abschluss. Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren. Quelle: OECD (1998, 2002, 2003, 2004a), eigene Berechnungen.

Langzeitarbeitslosigkeit: Personen, die 12 Monate und länger arbeitslos sind, in Prozent aller Arbeitslosen. Quelle: European Commission (2004), International Labour Office (2003), OECD (2004a), eigene Berechnungen.

Erwerbstätigenquote: Erwerbstätige in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Quelle: International Labour Office (2003).

Frauenarbeitslosenquote: Weibliche Erwerbstätige in Prozent der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Quelle: International Labour Office (2003).

Relative Frauenarbeitslosenquote: Quotient aus Frauenarbeitslosenquote zu Männerarbeitslosenquote. Quelle: International Labour Office (2003), eigene Berechnungen.

Jugendarbeitslosenquote: Erwerbstätige im Alter von 15 bis 24 Jahren in Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung. Quelle: European Commission (2004), OECD (1999, 2004a, 2004b).

Relative Jugendarbeitslosenquote: Quotient aus Jugendarbeitslosenquote zu Erwerbstätigenquote von Personen im Alter von 25 bis 54 Jahren. Quelle:

¹⁹ Den Einfluss der Strukturmerkmale des Rechtssystems auf Arbeitslosigkeit und Beschäftigung hat der Verfasser bereits in einem anderen Aufsatz untersucht (Feldmann 2004).

European Commission (2004), OECD (1999, 2004a, 2004b), eigene Berechnungen.

II. Kontrollvariablen

Pro-Kopf-Einkommen: Bruttonationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung in internationalen Dollar, umgerechnet zu Kaufkraftparitäten, dividiert durch 1000. Quelle: Directorate-General of Budget, Accounting and Statistics (2003), United Nations – Economic Commission for Latin America and the Caribbean (2003), World Bank (2004).

Wirtschaftswachstum: prozentuale Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr. Quelle: Directorate-General of Budget, Accounting and Statistics (2003), International Monetary Fund (2004b), World Bank (2004).

Krieg: Dummy-Variable für zwischenstaatliche Kriege. Quelle: Ghosn/Palmer (2003).

Transformationsland: Dummy-Variable für Länder, die sich im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft befinden.

Regionen-Dummies: Dummy-Variablen für die folgenden drei Weltregionen: Lateinamerika und Karibik, Afrika und Naher Osten, Asien.

Jahres-Dummies: Dummy-Variablen für jedes Jahr mit Ausnahme 2002.

Studentenquote: Personen, die Einrichtungen der Tertiärstufe des Bildungssystems besuchen (v.a. Hochschulen), in Prozent aller Personen in der für den Besuch solcher Einrichtungen typischen Altersgruppe. Quelle: World Bank (2004).

Literaturverzeichnis

Abowd, John M./Kramarz, Francis/Lemieux, Thomas/Margolis, David N. (2000): Minimum Wages and Youth Employment in France and the United States. In: Blanchflower, David G. (Hrsg.): *Youth Employment and Joblessness in Advanced Countries*. Chicago (Ill.): University of Chicago Press, S. 427-472.

Abrams, Burton A. (1999): The Effect of Government Size on the Unemployment Rate. In: *Public Choice*, Vol. 99, Nos. 3-4, S. 395-401.

Akerlof, George A./Dickens, William T./Perry, George L. (2000): Near-Rational Wage and Price Setting and the Long-Run Phillips Curve. In: *Brookings Papers on Economic Activity*, No. 1, S. 1-44.

Akerlof, George A./Dickens, William T./Perry, George L. (1996): The Macroeconomics of Low Inflation. In: *Brookings Papers on Economic Activity*, No. 1, S. 1-59.

Alchian, Armen A./Demsetz, Harold (1973): The Property Right Paradigm. In: *Journal of Economic History*, Vol. 33, S. 16-27.

Alesina, Alberto/Ardagna, Silvia/Perotti, Roberto/Schiantarelli, Fabio (2002): Fiscal Policy, Profits, and Investment. In: *American Economic Review*, Vol. 92, No. 3, S. 571-589.

Alesina, Alberto/Perotti, Roberto (1997): The Welfare State and Competitiveness. In: *American Economic Review*, Vol. 87, No. 5, S. 921-939.

Algan, Yann/Cahuc, Pierre/Zylberberg, André (2002): Public Employment and Labour Market Performance. In: *Economic Policy*, No. 34, S. 7-65.

Al-Saji, Amer K. (1992): Unemployment, Money Growth and Interest Rate Volatility in Italy and the United Kingdom. In: *Rivista Internazionale di Scienze Economiche e Commerciali*, Vol. 39, No. 7, S. 607-615.

Amable, Bruno/Gatti, Donatella (2002): Macroeconomic Effects of Product Market Competition in a Dynamic Efficiency Wage Model. In: *Economics Letters*, Vol. 75, No. 1, S. 39-46.

Ayal, Eliezer B./Karras, Georgios (1998): Components of Economic Freedom and Growth: An Empirical Study. In: *Journal of Developing Areas*, Vol. 32, No. 3, S. 327-338.

Bazen, Stephen/Skourias, Nicolas (1997): Is There a Negative Effect of Minimum Wages on Youth Employment in France? In: *European Economic Review*, Vol. 41, Nos. 3-5, S. 723-732.

Beaulieu, Eugene (2000): The Canada-U.S. Free Trade Agreement and Labour Market Adjustment in Canada. In: *Canadian Journal of Economics*, Vol. 33, No. 2, S. 540-563.

Bekaert, Geert/Harvey, Campbell R. (2000): Foreign Speculators and Emerging Equity Markets. In: *Journal of Finance*, Vol. 55, No. 2, S. 565-613.

Bekaert, Geert/Harvey, Campbell R./Lundblad, Christian (2003): Does Financial Liberalization Spur Growth? o.O.

Bekaert, Geert/Harvey, Campbell R./Lundblad, Christian (2001): Emerging Equity Markets and Economic Development. In: *Journal of Development Economics*, Vol. 66, No. 2, S. 465-504.

Bengoa, Marta/Sanchez-Robles, Blanca (2003): Foreign Direct Investment, Economic Freedom and Growth: New Evidence from Latin America. In: *European Journal of Political Economy*, Vol. 19, No. 3, S. 529-545.

Berman, Eli/Bound, John/Griliches, Zivi (1994): Changes in the Demand for Skilled Labor Within US Manufacturing: Evidence from the Annual Survey of Manufacturers. In: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 109, No. 2, S. 367-397.

- Bertola, Giuseppe/Drazen, Allan* (1993): Trigger Points and Budget Cuts: Explaining the Effects of Fiscal Austerity. In: *American Economic Review*, Vol. 83, No. 1, S. 11-26.
- Blanchard, Olivier/Giavazzi, Francesco* (2003): Macroeconomic Effects of Regulation and Deregulation in Goods and Labor Markets. In: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 118, No. 3, S. 879-907.
- Burkhauser, Richard V./Couch, Kenneth A./Wittenburg, David C.* (2000a): A Reassessment of the New Economics of the Minimum Wage Literature with Monthly Data from the Current Population Survey. In: *Journal of Labor Economics*, Vol. 18, No. 4, S. 653-680.
- Burkhauser, Richard V./Couch, Kenneth A./Wittenburg, David C.* (2000b): Who Minimum Wage Increases Bite: An Analysis Using Monthly Data from the SIPP and the CPS. In: *Southern Economic Journal*, Vol. 67, No. 1, S. 16-40.
- Card, David/Hyslop, Dean* (1997): Does Inflation „Grease the Wheels of the Labor Market?“ In: Romer, Christina D./Romer, David H. (Hrsg.): *Reducing Inflation: Motivation and Strategy*. Chicago (Ill.): University of Chicago Press, S. 71-114.
- Carlsson, Fredrik/Lundström, Susanna* (2002): Economic Freedom and Growth: Decomposing the Effects. In: *Public Choice*, Vol. 112, Nos. 3-4, S. 335-344.
- Christopoulos, Dimitris K./Tsonas, Efthymios G.* (2002): Unemployment and Government Size: Is there any Credible Causality? In: *Applied Economics Letters*, Vol. 9, No. 12, S. 797-800.
- Cooke, William N.* (1997): The Influence of Industrial Relations Factors on U.S. Foreign Direct Investment Abroad. In: *Industrial and Labor Relations Review*, Vol. 51, No. 1, S. 3-17.
- Cunningham, Steven R./Tang, Hong/Vilasuso, Jon R.* (1997): A Time Series Analysis of the Relationship between Inflation Uncertainty and Unemployment. In: *Journal of Macroeconomics*, Vol. 19, No. 4, S. 731-751.
- Currie, Janet/Fallick, Bruce C.* (1996): The Minimum Wage and the Employment of Youth: Evidence from the NLSY. In: *Journal of Human Resources*, Vol. 31, No. 2, S. 404-428.
- Daveri, Francesco/Tabellini, Guido* (2000): Unemployment, Growth and Taxation in Industrial Countries. In: *Economic Policy*, No. 30, S. 47-104.
- Davis, David E./Wilson, Wesley W.* (1999): Deregulation, Mergers, and Employment in the Railroad Industry. In: *Journal of Regulatory Economics*, Vol. 15, No. 1, S. 5-22.
- Davis, Donald R.* (1998): Does European Unemployment Prop Up American Wages? National Labor Markets and Global Trade. In: *American Economic Review*, Vol. 88, No. 3, S. 478-494.
- Dawson, John W.* (2003): Causality in the Freedom-Growth Relationship. In: *European Journal of Political Economy*, Vol. 19, No. 3, S. 479-495.
- Dawson, John W.* (1998): Institutions, Investment, and Growth: New Cross-Country and Panel Data Evidence. In: *Economic Inquiry*, Vol. 36, No. 4, S. 603-619.
- Deere, Donald R./Murphy, Kevin M./Welch, Finis R.* (1995): Employment and the 1990-1991 Minimum-Wage Hike. In: *American Economic Review*, Vol. 85, No. 2, S. 232-237.
- Demekas, Dimitri G./Kontolemis, Zenon G.* (2000): Government Employment and Wages and Labour Market Performance. In: *Oxford Bulletin of Economics and Statistics*, Vol. 62, No. 3, S. 391-415.
- Directorate-General of Budget, Accounting and Statistics* (2003): *Statistical Yearbook of the Republic of China 2003*. Taipei: Directorate-General of Budget, Accounting and Statistics.
- Dunne, Timothy/Haltiwanger, John C./Troske, Kenneth R.* (1997): Technology and Jobs: Secular Changes and Cyclical Dynamics. In: *Carnegie Rochester Conference Series on Public Policy*, Vol. 46, S. 107-178.
- Easton, Stephen T./Walker, Michael A.* (1997): Income, Growth, and Economic Freedom. In: *American Economic Review*, Vol. 87, No. 2, S. 328-332.
- Elmeskov, Jørgen/Martin, John P./Scarpetta, Stefano* (1998): Key Lessons for Labour Market Reforms: Evidence from OECD Countries' Experiences. In: *Swedish Economic Policy Review*, Vol. 5, No. 2, S. 205-252.
- European Commission* (2004): *Employment in Europe 2004: Recent Trends and Prospects*. Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Feld, Lars P./Voigt, Stefan* (2003): Economic Growth and Judicial Independence: Cross-Country Evidence Using a New Set of Indicators. In: *European Journal of Political Economy*, Vol. 19, No. 3, S. 497-527.
- Feldmann, Horst* (2005): Hayek's Theory of Cultural Evolution: A Critique of the Critique. Erscheint in: Backhaus, Jürgen (Hrsg.): *Hayek's Theory of Cultural Evolution*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Feldmann, Horst* (2004): Rechtssystem und Arbeitsmarkt-Performance. Erscheint in: *Schmollers Jahrbuch*, 124. Jg., Nr. 4.
- Feldmann, Horst* (2003a): Labor Market Regulation and Labor Market Performance: Evidence Based on Surveys among Senior Business Executives. In: *Kyklos*, Vol. 56, No. 4, S. 509-539.
- Feldmann, Horst* (2003b): Lohnfindungssysteme, Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmarkt-Performance. In: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften*, Bd. 54, Nr. 1, S. 32-59.

- Gaston, Noel/Nelson, Douglas* (2002): Integration, Foreign Direct Investment and Labour Markets: Microeconomic Perspectives. In: *The Manchester School*, Vol. 70, No. 3, S. 420-459.
- Gaston, Noel/Trefler, Daniel* (1997): The Labour Market Consequences of the Canada-U.S. Free Trade Agreement. In: *Canadian Journal of Economics*, Vol. 30, No. 1, S. 18-41.
- Ghosn, Faten/Palmer, Glenn* (2003): Codebook for the Militarized Interstate Dispute Data, Version 3.0. Website <cow2.la.psu.edu>.
- Goldsmith, Arthur A.* (1997): Economic Rights and Government in Developing Countries: Cross-National Evidence on Growth and Development. In: *Studies in Comparative International Development*, Vol. 32, No. 2, S. 29-44.
- Green, Sam/Melnyk, Andrew/Powers, Dennis* (2002): Is Economic Freedom Necessary for Technology Diffusion? In: *Applied Economics Letters*, Vol. 9, No. 14, S. 907-910.
- Groshen, Erica L./Schweitzer, Mark E.* (1999): Identifying Inflation's Grease and Sand Effects in the Labor Market. In: *Feldstein, Martin* (Hrsg.): *The Costs and Benefits of Price Stability*. Chicago (Ill.): University of Chicago Press, S. 273-308.
- Grubel, Herbert G.* (1998): Economic Freedom and Human Welfare: Some Empirical Findings. In: *Cato Journal*, Vol. 18, No. 2, S. 287-304.
- Gwartney, James D./Lawson, Robert A.* (2004): *Economic Freedom of the World: 2004 Annual Report*. Vancouver, B. C.: Fraser Institute.
- Gwartney, James D./Lawson, Robert A./Holcombe, Randall G.* (1999): Economic Freedom and the Environment for Economic Growth. In: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Vol. 155, No. 4, S. 643-663.
- Haan, Jakob de/Siermann, Clemens L. J.* (1998): Further Evidence on the Relationship between Economic Freedom and Economic Growth. In: *Public Choice*, Vol. 95, Nos. 3-4, S. 363-380.
- Haan, Jakob de/Sturm, Jan-Egbert* (2000): On the Relationship between Economic Freedom and Economic Growth. In: *European Journal of Political Economy*, Vol. 16, No. 2, S. 215-241.
- Hanke, Steve H./Walters, Stephen J. K.* (1997): Economic Freedom, Prosperity, and Equality: A Survey. In: *Cato Journal*, Vol. 17, No. 2, S. 117-146.
- Hayek, Friedrich A.* (1989): *The Fatal Conceit: The Errors of Socialism*. Chicago (Ill.): University of Chicago Press.
- Hayek, Friedrich A.* (1973-79): *Law, Legislation and Liberty*, 3 Bde. London: Routledge & Kegan Paul.
- Hayek, Friedrich A.* (1960): *The Constitution of Liberty*. Chicago (Ill.): University of Chicago Press.
- Heckelman, Jac C.* (2000): Economic Freedom and Economic Growth: A Short-Run Causal Investigation. In: *Journal of Applied Economics*, Vol. 3, No. 1, S. 71-91.
- Heckelman, Jac C./Stroup, Michael D.* (2000): Which Economic Freedoms Contribute to Growth? In: *Kyklos*, Vol. 53, No. 4, S. 527-544.
- Heckman, James/Pagés-Serra, Carmen* (2000): The Cost of Job Security Regulation: Evidence from Latin American Labor Markets. In: *Economia*, Vol. 1, No. 1, S. 109-144.
- Henry, Peter Blair* (2000a): Stock Market Liberalization, Economic Reform, and Emerging Market Equity Prices. In: *Journal of Finance*, Vol. 55, No. 2, S. 529-564.
- Henry, Peter Blair* (2000b): Do Stock Market Liberalizations Cause Investment Booms? In: *Journal of Financial Economics*, Vol. 58, Nos. 1-2, S. 301-334.
- Hume, David* (1740): *A Treatise of Human Nature*, Bd. III: *Of Morals*. *The Philosophical Works*, Bd. 2. Aalen: Scienta 1992.
- International Labour Office* (2003): *Key Indicators of the Labour Market*, Third Edition. Genf: ILO.
- International Monetary Fund* (2003a): *World Economic Outlook*, April. Washington, D.C.: IMF.
- International Monetary Fund* (2003b): *Fiji: Selected Issues and Statistical Appendix*. Washington, D.C.: IMF.
- International Monetary Fund* (2004a): *Belize: Selected Issues and Statistical Appendix*. Washington, D.C.: IMF.
- International Monetary Fund* (2004b): *World Economic Outlook*, April. Washington, D.C.: IMF.
- Jones, Ronald W./Engerman, Stanley L.* (1996): Trade, Technology and Wages: A Tale of Two Countries. In: *American Economic Review*, Vol. 86, No. 2, S. 35-40.
- Karabegovic, Amela/Samida, Dexter/Schlegel, Chris M./McMahon, Fred* (2003): North American Economic Freedom: An Index of 10 Canadian Provinces and 50 US States. In: *European Journal of Political Economy*, Vol. 19, No. 3, S. 431-452.
- Karras, Georgios* (1993): Employment and Output Effects of Government Spending: Is Government Size Important? In: *Economic Inquiry*, Vol. 31, No. 3, S. 354-369.
- Keefer, Philip/Knack, Stephen* (1997): Why Don't Poor Countries Catch Up? A Cross-National Test of an Institutional Explanation. In: *Economic Inquiry*, Vol. 35, No. 3, S. 590-602.
- Leschke, Martin* (2000): Constitutional Choice and Prosperity: A Factor Analysis. In: *Constitutional Political Economy*, Vol. 11, No. 3, S. 265-279.
- Lipsey, Robert E.* (2001): Interpreting Developed Countries' Foreign Direct Investment. In: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.): *Investing Today for a World of Tomorrow: Studies on the Investment Process in Europe*. Berlin: Springer, S. 285-325.

- Machin, Stephen J./Ryan, Annette/Van Reenan, John* (1996): Technology and Changes in Skill Structure: Evidence from an International Panel of Industries. London: Centre for Economic Policy Research.
- Malley, Jim/Moutos, Thomas* (1998): Government Employment and Unemployment: With One Hand Giveth, The Other Taketh. o.O.
- Malley, Jim/Moutos, Thomas* (1996): Does Government Employment „Crowd-Out“ Private Employment? Evidence from Sweden. In: Scandinavian Journal of Economics, Vol. 98, No. 2, S. 289-302.
- Miles, Marc A./Feulner, Edwin J./O'Grady, Mary Anastasia* (2004): 2004 Index of Economic Freedom. Washington, D. C.: Heritage Foundation.
- Mises, Ludwig* (1927): Liberalismus. Jena: Gustav Fischer.
- Neumark, David/Wascher, William* (1992): Employment Effects of Minimum and Subminimum Wages: Panel Data on State Minimum Wage Laws. In: Industrial and Labor Relations Review, Vol. 46, No. 1, S. 55-81.
- Neven, Damien/Wyplosz, Charles* (1999): Relative Prices, Trade and Restructuring in European Industry. In: Dewatripont, Mathias/Sapir, André/Sekkat, Khalid (Hrsg.): Trade and Jobs in Europe: Much Ado about Nothing? Oxford: Oxford University Press, S. 33-59.
- Nickell, Stephen/Layard, Richard* (1999): Labor Market Institutions and Economic Performance. In: Ashenfelter, Orley/Card, David (Hrsg.): Handbook of Labor Economics, Vol. 3C. Amsterdam: Elsevier, S. 3029-3084.
- Nickell, Stephen/Nunziata, Luca/Ochel, Wolfgang/Quintini, Glenda* (2003): The Beveridge Curve, Unemployment, and Wages in the OECD from the 1960s to the 1990s. In: Aghion, Philippe/Frydman, Roman/Stiglitz, Joseph/Woodford, Michael (Hrsg.): Knowledge, Information, and Expectations in Modern Macroeconomics. Princeton (N. J.): Princeton University Press, S. 394-431.
- Nickell, Stephen/Vainiomaeki, Jari/Wadhwani, Sushil B.* (1994): Wages and Product Market Power. In: *Economica*, Vol. 61, No. 244, S. 457-473.
- North, Douglass C./Thomas, Robert Paul* (1973): The Rise of the Western World: A New Economic History. Cambridge: Cambridge University Press.
- North, Douglass C./Weingast, Barry R.* (1989): Constitutions and Commitment: The Evolution of Institutions Governing Public Choice in Seventeenth-Century England. In: *Journal of Economic History*, Vol. 49, No. 4, S. 803-832.
- OECD* (2004a): Employment Outlook. Paris: OECD.
- OECD* (2004b): Labour Market Statistics – Indicators (Online-Datenbank). <www.oecd.org>.
- OECD* (2003): Employment Outlook. Paris: OECD.
- OECD* (2002): Employment Outlook. Paris: OECD.
- OECD* (1999): Employment Outlook. Paris: OECD.
- OECD* (1998): Employment Outlook. Paris: OECD.
- OECD* (1997): Employment Outlook. Paris: OECD.
- Perotti, Roberto* (1999): Fiscal Policy in Good Times and Bad. In: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 114, No. 4, S. 1399-1436.
- Pissarides, Christopher A.* (2003): Company Start-Up Costs and Employment. In: Aghion, Philippe/Frydman, Roman/Stiglitz, Joseph/Woodford, Michael (Hrsg.): Knowledge, Information, and Expectations in Modern Macroeconomics. Princeton (N. J.): Princeton University Press, S. 309-325.
- Pitlik, Hans* (2002): The Path of Liberalization and Economic Growth. In: *Kyklos*, Vol. 55, No. 1, S. 57-79.
- Pryor, Frederic L.* (1999): The Impact of Foreign Trade on the Employment of Unskilled U.S. Workers: Some New Evidence. In: *Southern Economic Journal*, Vol. 65, No. 3, S. 472-492.
- Revenge, Ana L.* (1992): Exporting Jobs? The Impact of Import Competition on Employment and Wages in US Manufacturing. In: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 107, No. 1, S. 255-284.
- Scarpetta, Stefano* (1996): Assessing the Role of Labour Market Policies and Institutional Settings on Unemployment: A Cross-Country Study. In: *OECD Economic Studies*, No. 26, S. 43-98.
- Scully, Gerald W.* (2002): Economic Freedom, Government Policy and the Trade-off between Equity and Economic Growth. In: *Public Choice*, Vol. 113, Nos. 1-2, S. 77-96.
- Scully, Gerald W.* (1997): Rule and Policy Spaces and Economic Progress: Lessons for Third World Countries. In: *Public Choice*, Vol. 90, Nos. 1-4, S. 311-324.
- Scully, Gerald W.* (1992): Constitutional Environments and Economic Growth. Princeton (N. J.): Princeton University Press.
- Scully, Gerald W.* (1988): The Institutional Framework and Economic Development. In: *Journal of Political Economy*, Vol. 96, No. 3, S. 652-662.
- Smith, Adam* (1776): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, 2 Bde. London: Strahan & Cadell.
- Sturm, Jan-Egbert/Haan, Jakob de* (2001): How Robust Is the Relationship between Economic Freedom and Economic Growth? In: *Applied Economics*, Vol. 33, No. 7, S. 839-844.
- Thorbecke, Willem/Eigen-Zucchi, Christian* (2002): Did NAFTA Cause a „Giant Sucking Sound“? In: *Journal of Labor Research*, Vol. 23, No. 4, S. 647-658.
- Torstenson, Johan* (1994): Property Rights and Economic Growth: An Empirical Study. In: *Kyklos*, Vol. 47, No. 2, S. 231-247.
- United Nations – Economic Commission for Europe* (2003): Country Profiles (Website). <www.unece.org>.
- United Nations – Economic Commission for Latin America and the Caribbean* (2004): Statistical Yearbook for Latin

- America and the Caribbean 2003. Santiago de Chile: ECLAC.
- United Nations – Economic Commission for Latin America and the Caribbean* (2003): Statistical Yearbook for Latin America and the Caribbean 2002. Santiago de Chile: ECLAC.
- Volkerink, Bjorn de/Sturm, Jan-Egbert/Haan, Jakob* (2002): Tax Ratios in Macroeconomics: Do Taxes Really Matter? In: *Empirica*, Vol. 29, No. 3, S. 209-224.
- Williams, Nicolas/Mills, Jeffrey A.* (2001): The Minimum Wage and Teenage Employment: Evidence from Time Series. In: *Applied Economics*, Vol. 33, No. 3, S. 285-300.
- World Bank* (2004): WDI Online (Online-Datenbank). <www.worldbank.org>.
- Wu, Wenbo/Davis, Otto A.* (1999): The Two Freedoms, Economic Growth and Development: An Empirical Study. In: *Public Choice*, Vol. 100, No. 1-2, S. 39-64.
- Wyplosz, Charles* (2001): Do We Know How Low Should Inflation Be? In: *García Herrero, Alicia/Gaspar, Vítor/Hoogduin, Lex/Morgan, Julian/Winkler, Bernhard* (Hrsg.): *Why Price Stability?* Frankfurt am Main: European Central Bank, S. 15-33.
- Yuan, Mingwei/Li, Wenli* (2000): Dynamic Employment and Hours Effects of Government Spending Shocks. In: *Journal of Economic Dynamics and Control*, Vol. 24, No. 8, S. 1233-1263.
- Zavodny, Madeline* (2000): The Effect of the Minimum Wage on Employment and Hours. In: *Labour Economics*, Vol. 7, No. 6, S. 729-750.